

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: KARL KERN, PRAG.

16. Jahrgang

Freitag, 27. November 1936

Nr. 276

Alle Angriffe vergeblich

Millzerfolge an einigen Frontabschnitten

Madrid. (Havas.) Das amtliche Kommuniqué vom Donnerstag meldet: Im Südwesten von Madrid hält der Feind die Positionen bei San Ponzuelo unter intensivem Feuer, jedoch mit dem gleichen Mißerfolg wie gestern. In Guadarrama und Somosierra entwickelte sich ein hartes Artilleriefeuer. Die Regierungstruppen bedrängen sehr hart den Feind. Die Aufständischen haben zahlreiche Verletzte. Tausend der Aufständischen unterstützten heftige Angriffe der Fremdenlegion und der marokkanischen Soldaten, die jedoch zurückgeschlagen wurden. Die Regierungstruppen haben sich zweier Tausend bemächtigt, von denen der eine italienischer und der andere deutscher Herkunft ist. Im Südwesten haben die Regierungstruppen einen Ueberfall unternommen und den Aufständischen große Verluste beigebracht. Havas teilt auch mit, daß die Regierungsabteilungen an der Front von Kranjusz das Dorf St. Martin de Montalban erobert haben. In den Nachmittagsstunden sind an der Madrider Front keine Veränderungen eingetreten.

An der Talavera-Front beschossen Flugzeuge der Regierung mit Erfolg vier in einem Wäldchen versteckte Bombenflugzeuge der Aufständischen. Bei Carabanchel sprengten Milizionäre eine Brücke in dem Augenblick in die Luft, als die Aufständischen in dichten Scharen über die Brücke zum Angriff übergehen wollten. Weiteres werden Erfolge der basischen Milizionäre gemeldet, die an der Nordfront sieben Dörfer eroberten. Der Feind war zum Rückzug in der Richtung nach Oviedo gezwungen.

Die Zivilbevölkerung verläßt die Stadt

Madrid. Der Kriegsminister gab Mittwoch abends im Rundfunk bekannt: Im Abschnitt am Manzanares-Fluß haben wir die Aufständischen, welche ihre Angriffe auf unsere Positionen fortsetzen, zurückgeschlagen. Flugzeuge der Aufständischen unternahmen vor- und nachmittags Flüge auf Madrid, wurden aber in die Flucht gejagt. Ein dreimotoriges feindliches Flugzeug wurde abgeschossen.

Danzig — Weihnachtsgeschenk für Hitler?

Warschau. (Tsch. P. B.) Der Führer der nationalsozialistischen Partei in Danzig Förster erklärte in einer öffentlichen Versammlung, daß er zu Weihnachten dem Reichskanzler Hitler Danzig als Geschenk bringen werde. Förster drohte neuerlich mit der baldigen Aufhebung der oppositionellen Parteien.

Neuer Grenzzwischenfall in Fernost

Moskau. Aus Chabarowsk wird gemeldet: Am 24. November überschritt eine japanisch-mandschurische Abteilung, bestehend aus etwa 50 Mann, die Grenze südöstlich vom Grenzzeichen Nummer 20 und drang in das Gebiet der Sowjetunion auf einer Strecke von 1700 Metern ein. Als die Abteilung die sowjetrussische Grenzwaache herannahen sah, eröffnete sie gegen sie das Feuer. Nach einem Geplänkel mußte sich die japanisch-mandschurische Abteilung über die Grenzlinie zurückziehen. Am Orte des Zusammenstoßes auf sowjetrussischem Territorium wurden die Leichen mehrerer gefallener Japaner und zahlreiche japanische Bewaffnungs- und Ausrüstungsgegenstände gefunden.

Der Leiter der zweiten Ostabteilung des Volkskommissariats für Wehrwesen legte sofort beim japanischen Geschäftsträger Protest ein und forderte die Ergreifung von Maßnahmen zur Verhinderung derartiger Zwischenfälle in der Zukunft sowie die Bestrafung der Schuldigen.

Havas meldet über die Fliegerkämpfe: Flugzeuge der Aufständischen bombardierten Mittwoch zweimal Madrid, und zwar das erste mal um 9 Uhr vormittags und dann um 15 Uhr nachmittags. Das Bombardement forderte neue Opfer an Menschenleben. In den Randvierteln wurden große Materialschäden angerichtet. Der Angriff war aber weniger wirksam als die der letzten Tage. Republikanische Flugzeuge stiegen jedesmal sofort auf und vertrieben die feindlichen Flieger.

Das englische Waffenausfuhrverbot

London. Ministerpräsident Baldwin hat erklärt, daß der Gesetzentwurf, durch welchen die Ausfuhr von Kriegsmaterial auf britischen Schiffen untersagt werden wird, dem Unterhause Dienstag zur Beratung vorgelegt werden wird. Da es sich um eine dringende Maßnahme handelt, wird der Ministerpräsident das Parlament ersuchen, den Gesetzentwurf noch am gleichen Tage zu verabschieden.

„Die erste Etappe zurückgelegt“

Stalins Referat auf dem Rätekongreß

Verfassung registriert, was ist — Kein „Proletariat“ mehr

Moskau. (Tsch.) In seinem Bericht beim außerordentlichen Rätekongreß der Sowjetunion führte Stalin u. a. aus: Die Verfassungskommission hatte Änderungen an der gegenwärtig geltenden, im Jahre 1924 angenommenen Verfassung vorzunehmen und dabei diejenigen Veränderungen im Leben der Union in der Richtung zum Sozialismus hin zu berücksichtigen, die bis zur gegenwärtigen Zeit verwirklicht wurden. Welche sind die Veränderungen im Leben der U.S.S.R.? Was hatten wir im Jahre 1924? Das war die erste Periode, als die Sowjetmacht eine gewisse Behebung des Sozialismus zuließ, als sie darauf rechnete, im Verlauf des Wettstreites der Wirtschaftssysteme — des kapitalistischen und sozialistischen — das Übergewicht des sozialistischen zu organisieren. Unsere Industrie bot damals ein unerfreuliches Bild, besonders die Schwerindustrie. Zwar wurde sie allmählich wieder hergestellt, doch brachte sie ihre Produktion noch bei weitem nicht auf das Vorkriegsniveau. Sie basierte auf der alten rückständigen und dürftigen Technik. Unsere Landwirtschaft bot ein noch unerwünschteres Bild. Allerdings war die Grundbesitzerklasse schon liquidiert, dafür aber stellte die Klasse der landwirtschaftlichen Kapitalisten, die Klasse der Kulaken, noch eine ziemlich starke Kraft dar. Wir sprachen damals nicht von Liquidierung des Kulakentums, sondern von seiner Einschränkung. Dasselbe muß gesagt werden über den Warenumsatz im Lande. Der sozialistische Sektor im Warenumsatz bildete nicht mehr als 50 bis 60 Prozent, während das ganze übrige Feld von Kaufleuten, Spekulanten und sonstigen Privatunternehmen eingenommen war. Was haben wir jetzt im Jahre 1936?

Wenn wir damals die erste Periode, den Anfang einer gewissen Behebung des Kapitalismus hatten, so haben wir jetzt die letzte Periode, die Periode der völligen Liquidierung des Kapitalismus in allen Belangen der Volkswirtschaft. Das allerwichtigste ist, daß der Kapitalismus aus dem Bereich unserer Industrie überhaupt vertrieben ist, während die sozialistische Produktionsform das unumschränkt herrschende System auf dem Gebiete unserer Industrie ist. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft haben wir jetzt, statt eines Ozeans kleiner individueller Bauernwirtschaften mit ihrer schwachen Technik und mit überwuchernder Stellung des Kulakentums, die in der Welt größte und mit neuer Technik ausgerüstete mechanisierte Produktion in Gestalt des allumfassenden Systems der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften.

Was den Warenumsatz im Lande anlangt, so sind die Kaufleute und Spekulanten aus diesem Gebiet gänzlich vertrieben. Der gesamte Waren-

Görings Staffelmkamerad Kriegsflieger der spanischen Regierungstruppen

Einer der besten deutschen Kampfflieger des Weltkrieges, der gleich dem jetzigen Minister Göring zur Richthofen-Staffel gehörige Leutnant Oeffner, kämpft zur Zeit auf Seiten der Regierungstruppen im spanischen Bürgerkrieg. Oeffner, der 1918 mit dem Orden Pour le Mérite ausgezeichnet wurde, hat vor etwa zwölf Jahren durch einen aufsehenerregenden Flug von sich reden gemacht. Ueber den norditalienischen Städten erschien plötzlich ein fremdes Flugzeug und warf antisowjetische Flugblätter ab. Es gelang Oeffner damals, über die Grenze zu entkommen und mit seinem Apparat in der Schweiz niederzugehen. Die Maschine wurde beschlagnahmt und der Flieger verhaftet, später aber freigelassen. Da ihn sein ehemaliger Staffelmkamerad Göring wegen privater Differenzen verhaften lassen wollte, verließ er Deutschland und begab sich nach Paris, wo es ihm in den letzten Jahren sehr schlecht ging.

Ein Kulturfortschritt — und sein Hindernis

Die langsame — allzulangsame — Entwicklung der Wirtschaft im Lande macht eine Reihe von Kulturfragen aktuell, an die man in den schlechtesten Zeiten der Krise, da die Einnahmen aller öffentlichen Körperschaften rapid zurückgehen, nicht denken konnte. Dazu gehört eine Forderung, welche seit Jahren erhoben wurde und nun der Verwirklichung zugeführt werden soll, nämlich, daß jedes Kind in der Tschechoslowakei die Möglichkeit haben soll, eine Bürger-schule zu besuchen.

Schon im 18. Jahrhundert wurde in Oesterreich die allgemeine Schulpflicht zum Grundgesetz erhoben und die liberale Ära hat dann in den folgenden Jahren des 19. Jahrhunderts zur Schaffung des Reichsvolksschulgesetzes geführt. War damals die allgemeine Volksschulpflicht ein gewaltiger Fortschritt, so genügt heute die Abfolgerung einer Volksschule längst nicht mehr — besonders wenn man in Betracht zieht, daß ein großer Teil unserer Kinder ein- und zweiklassige Schulen besucht. Gerade die schwere Zeit der Krise hat uns gezeigt, daß eine höhere Qualifikation unserer Arbeiter ein unbedingtes Erfordernis ist und daß der Wiederaufbau unserer Ausfuhr und die Wiedereroberung des Weltmarktes eine leistungsfähige Industrie und damit eine hohe Qualifikation unserer Arbeiter zur Voraussetzung hat. Insbesondere die alten Industrieländer können sich nur dann behaupten; wenn ihre Arbeiter jenen der jungen Industrieländer überlegen sind, wenn die Arbeiter der Industrie mehr können als jene der bisherigen Agrarländer. Je besser die Schulbildung der Massen ist, desto leichter wird es sein, und eine erstklassige industrielle und gewerbliche Arbeiterschaft zu erzeugen. Man denke nur daran, wie schwer es bei uns ein deutscher Mensch hat, ohne Kenntnis der tschechischen Sprache sich im Leben durchzuschlagen. Das kann er nicht in der Volksschule lernen, er braucht dazu die Bürgerschule. Tatsächlich gibt es z. B. in Böhmen keine deutsche Bürgerschule, an der nicht die tschechische Sprache gelehrt wird. Ueberhaupt kann man sagen, daß unsere Bürgerschule in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht hat — deren sichtbarster in der Schaffung eines vierten Jahrganges beruht und daß wir eine sehr gut qualifizierte Bürgerschullehrerschaft haben, von der man nur wünschen würde, daß sie besser bezahlt wäre.

Man nehme z. B. die Arbeiterklasse der U.S.S.R.; man nenne sie oft aus alter Gewohnheit Proletariat. Was aber ist das Proletariat? Es ist die Klasse, die der Produktionsmittel beraubt ist in einem Wirtschaftssystem, wo die Produktionsmittel den Kapitalisten gehören und wo die Kapitalistenklasse das Proletariat ausbeutet. Bei uns gibt es aber keine Kapitalistenklasse mehr, von der die Arbeiterklasse ausgebeutet werden könnte. Es ist klar, daß man unter diesen Umständen unsere Arbeiterklasse nicht mehr Proletariat nennen kann. Unsere Arbeiterklasse ist eine ganz neue, von Ausbeutung befreite, wie sie die Geschichte der Menschheit noch nicht gekannt hat. Auch die Bauernschaft der U.S.S.R. von heute ist von der Ausbeutung befreit. Die Sowjetbauernschaft ist in ihrer erdbrüdenden Mehrheit eine Kollektivbauernschaft, die ihre Arbeit und ihr Gut nicht auf die Einzelarbeit und rückständige Technik, sondern auf die Kollektivarbeit und moderne Technik gründet. Verändert hat sich auch der Charakter der Intelligenz. Sie mußte früher den begüterten Klassen dienen, sie dient jetzt dem Volke.

Das Bild der Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens in der U.S.S.R. wäre aber nicht vollständig ohne das Bild der Veränderungen auf dem Gebiete der nationalen gegenseitigen Beziehungen in der Union, der etwa 60 Nationen, nationale Gruppen und Völkerschaften angehören.

Die vergangenen 14 Jahre haben gezeigt, daß der Versuch der Bildung eines Staates aus vielen Nationalitäten auf der Basis des Sozialismus vollauf gelungen ist.

Welche Widerspiegelung haben all diese Veränderungen im Leben der U.S.S.R. im neuen Verfassungsentwurf gefunden? Bei der Abfassung des neuen Verfassungsentwurfes ging die

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Krankung unserer Selbstverwaltung, die schon fast ein Jahrzehnt andauert (seit dem Unglücksfall von 1927), beseitigen. Das ungelöste Finanzproblem der Selbstverwaltung hemmt uns auf allen Seiten, es erschwert jetzt die Durchführung einer so segensreichen Maßnahme, wie es die Schaffung eines dichten Netzes von Sprengelbürgerschulen ist. Wir wollen wirtschaftlich und kulturell wieder vorwärts und wir müssen alle Hindernisse beseitigen, die unserem Drang nach vorwärts und aufwärts entgegenstehen.

Stalins Referat

(Fortsetzung von Seite 1.)

Kommission davon aus, daß die Verfassung nicht mit dem Programm verwechselt werden dürfe. Während das Programm davon spricht, was noch nicht ist und was in Zukunft erst erreicht und errungen werden soll, muß die Verfassung davon sprechen, was schon erreicht und errungen ist. Zwei Beispiele, sagte Medner, zur Illustration, daß der Sozialismus im wesentlichen bereits verwirklicht ist. Es ist dies das, was bei den Marxisten als erste oder untere Phase des Kommunismus bezeichnet wird. Diese ist in der UdSSR im wesentlichen schon verwirklicht. Das Grundprinzip dieser Phase ist die Formel: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“. Das muß die neue Verfassung widerspiegeln. Die Sowjetgesellschaft hat aber die Verwirklichung der höheren Phase des Kommunismus noch nicht erreicht, wo der herrschende Grundsatz die Formel sein wird: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“, obgleich sie sich das Ziel setzt, in Zukunft die Verwirklichung der höheren Phase des Kommunismus zu erreichen. Die Verfassung kann daher auf der höheren Phase des Kommunismus, die noch nicht erreicht ist, nicht basieren. Der Verfassungsentwurf bildet somit das Ergebnis des bisher zurückgelegten Weges und der bereits erzielten Errungenschaften. Er ist also die gefällige Verankerung des Erreichten.

Stalin wendet sich im weiteren der bürgerlichen Kritik an dem Verfassungsentwurf zu und erklärt, daß sich diese zunächst darin äußerte, den Entwurf totzuschweigen. Das sei in der faschistischen Presse zum Ausdruck gekommen. Die zweite Gruppe der Kritiker bezeichnet den Verfassungsentwurf als Papierfetzen, als bloßes Versprechen, als Mandar und daß die UdSSR gar keinen besseren Entwurf geben konnte, weil sie selbst kein Staat, sondern bloß ein geographischer Begriff sei. Der typische Vertreter dieser Gruppe sei, wie sonderbar dies auch klingen mag, die halbamtliche Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz. Der große russische Schriftsteller Schischkin, sagt Medner, bezeichnet in einer seiner Märchenerzählungen den Typus eines blödsinnigen, sehr bornierten und stumpfsinnigen, jedoch im höchsten Grade eingebildeten und dienstbefähigten Bürokraten. Nachdem dieser Bürokrat in dem ihm „anvertrauten“ Gebiet die „Ruhe und Ordnung“ hergestellt, Tausende von Einwohnern abgeschlachtet und Dutzende von Städten eingeebnet hat, hielt er Umschau und bemerkte am Horizont Amerika, ein Land, das natürlich wenig bekannt ist und wo es gewisse Freiheiten gibt, welche das Volk aufreizen und wo der Staat mit anderen Methoden regiert wird. Der Bürokrat bemerkte Amerika und war empört: Was für ein Land ist das, wie kommt es dahin, mit welchem Recht existiert es? Es war natürlich zufällig vor

einigen Jahrhunderten entdeckt worden, aber kann man es denn nicht wieder zudecken, damit kein Hauch mehr von ihm übrig bleibt? Und nachdem er dies gesagt hatte, setzte der den Entschluß hin „Amerika wieder zudecken!“ Wie scheint, sagte Stalin, daß die Herren aus der Deutschen Diplomatisch-Politischen Korrespondenz, wie ein Ei dem anderen dem Schischkin'schen Bürokraten ähnlich sind.

Eine andere Kritikergruppe bezeichnet den Verfassungsentwurf als Rud nach rechts, als Verzicht auf die Diktatur des Proletariats, als Liquidierung des bolschewistischen Regimes. Wenn die Verbreiterung der Basis der Diktatur der Arbeiterklasse und die Umwandlung der Diktatur in ein elastischeres, somit mächtigeres System staatlicher Leitung der Gesellschaft von ihnen als Schwächung der Diktatur oder als Verzicht auf sie aufgefaßt wird, so dürfe man fragen, ob diese Leute überhaupt wissen, was die Diktatur der Arbeiterklasse sei. Diese Herren kennen auch nicht den Unterschied zwischen links und rechts.

Die letzte Gruppe der Kritiker sei jene, die erklärte, daß sich an dem bestehenden Zustand nichts geändert und die Diktatur der Arbeiterklasse unberührt gelassen worden sei. Die Freiheit der politischen Parteien werde nicht zugelassen. Er müsse zugeben, daß der Entwurf tat-

sächlich das Regime der Diktatur in Kraft lasse wie auch die gegenwärtige führende Stellung der kommunistischen Partei, was Stalin gegenüber den Kritikern, die dies als Mangel des Verfassungsentwurfes bezeichneten, als Vorzug ansehe. In der UdSSR gebe es nur zwei Klassen, die Arbeiter und Bauern, deren Interessen einander nicht nur nicht feindlich, sondern im Gegenteil freundlich sind, folglich ist in der Sowjetunion kein Boden für die Existenz mehrerer Parteien, sondern nur für eine Partei, die kommunistische. Die Verfassung der UdSSR ist nach Stalin's Ansicht die einzig reiflos demokratische Verfassung in der Welt.

Die allgemeine Erörterung des Verfassungsentwurfes durch das ganze Volk ergab eine ziemlich bedeutende Zahl von Änderungen und Verbesserungsvorschlägen, mit denen sich Stalin auseinandersetzt.

Nach den Ergebnissen der Erörterungen durch das gesamte Volk könne man annehmen, daß der Verfassungsentwurf vom gegenwärtigen Kongress gebilligt werden wird.

Die Kongreßteilnehmer sangen stehend die Internationale. Nachdem die letzten Strophen verklingen sind, dauern die Ovationen und die Rufe „Es lebe unser Führer Genosse Stalin!“ fort.

Die Engländer gegen den arlomongolischen Pakt

Besteht noch ein Geheim-Abkommen?

London. (M.) Der Standpunkt der britischen öffentlichen Meinung zum deutsch-japanischen Vertrag kommt in den Presse-Kommentaren klar zum Ausdruck. Die „Times“ schreiben: Wie immer auch die Tätigkeit der Romintern verwerflich sein mag, die Bildung des deutsch-japanischen antikommunistischen Blochs ist eine bedauerliche und unnütze Erscheinung. „Morning Post“ schreibt: Dieser Pakt ist die erste diplomatische Frucht des von Hitler in Nürnberg ausgerufenen heiligen Krieges gegen den Kommunismus, aber gleichermäßen klar ist, daß dieser heilige Krieg lediglich zu dem Zweck verkündet wurde, um die nationalen Aspirationen Deutschlands zu unterstützen. Hitler habe nicht die geringste Ursache zu Befürchtungen, daß die vermeintliche kommunistische Gefahr eine Gefahr für die politische Integrität seines Landes sei. „Daily Telegraph“ spricht die Hoffnung aus, daß die Einheitsfront gegen den Volksweltismus so lange nicht werde verwirklicht werden, als die friedliebenden Staaten an der Auffassung festhalten, daß die Art des Regimes in jedem Lande Angelegenheit des diesen Staat bewohnenden Volkes ist. Falls der neue Pakt keine anderen Verpflichtungen enthalte als die der Öffentlichkeit übergebenen, so beruhe seine schlechte Seite vor allem darin, daß dieser Pakt ein neues Hindernis auf dem Wege zum internationalen Friedenspakt ist. „Daily Herald“ verweist auf den offensichtlichen Charakter des neuen Vertrages, der im schroffen Widerspruch zu dem französisch-sowjetrussischen Pakt und zum geplanten Ostpakt steht. Falls Deutschland tatsächlich die russische Aggressivität bestärke, dann wäre es für Deutschland nur vorteilhaft, am Ostpakte teilzunehmen. Es sollte in den Völkerverbund eintreten und zu einem mächtigen Faktor für die Erhaltung des Friedens werden. Das Blatt spricht sich schließlich dafür aus, daß Großbritannien sich um

eine geeignete Reform des Völkerverbundes bemühen sollte.

London. Der Berichterstatter des Reutersbüros meldet aus Moskau, die dortigen Faktoren hätten dokumentarische Beweise, daß außer dem veröffentlichten Pakt noch ein geheimes deutsch-japanisches Abkommen existiere. Die Nachricht über dieses Geheimabkommen löse in den Sowjetkreisen wachsenden Unwillen aus. Es wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Japan Berlin völlig nachgegeben hat. Man ist der Ansicht, daß vorläufig alle Verhandlungen zwischen den Sowjets und Japan unterbrochen sind.

Der König von Italien nach Budapest?

Budapest. Sicherem Vernehmen nach wird das italienische Königspaar den Besuch des ungarischen Reichsverwesers und seiner Gemahlin im Laufe des Monats Mai des nächsten Jahres in Budapest erwägen. Auch Mussolini hat die Einladung des Ministerpräsidenten Daranxi nach Budapest zu kommen, angenommen.

Flottenparade in Neapel

Rom. Der ungarische Reichsverweser Horty ist Donnerstag mit seinem Gefolge im Sonderzug nach Neapel abgereist, wo er der großen Inspektion der italienischen Kriegsmarine beiwohnen wird, die ihm zu Ehren veranstaltet wird. Ministerpräsident Mussolini ist nach Neapel im Flugzeug, das er selbst lenkt, gestartet.

Banditen und Militär...

Die chinesische Gesandtschaft in Prag hat folgende telegraphische Mitteilung erhalten: „Seit längerer Zeit unternehmen sogenannte Banditen in aus Dschol und aus der Provinz Szuwan unter Mithilfe von Militär, Kriegern und Artillerie eine Reihe von Plünderungen fremder Mächte. Diese Überfälle erfolgen vom Osten und vom Norden her.“

Im Westen sind sie in den letzten Tagen in die Bezirke Tschin und Tschin eingedrungen, wurden aber von den chinesischen Verteidigern abgewehrt. Im Norden erlitten die Banditen am 24. d. M. bei Bellimiau eine vernichtende Niederlage und diese Stadt befindet sich wiederum im chinesischen Besitz. Am 26. November trafen dort zahlreiche Verstärkungen der chinesischen Zentralregierung ein. Die Verteidigungskräfte in Szuwan und in Schansi sind gut ausgerüstet und werden von Marschall Tschangfaisch befehligt.“

Pollrei räumt Warschauer Hochschule

Warschau. Mittwoch abends begann die Polizei das Universitätsgebäude, das von den nationalistischen Hochschülern okkupiert worden war, zu räumen. Infolge des heftigen Widerstandes der Studenten und Studentinnen, die sich hinter Bänken, Stühlen und sogar Drahtverbänden perbarricadiert hatten, war die Polizei gezwungen, die Erzedenen mit Tränengas und Stinkbomben anzugreifen. Auch die Feuerwehre wurde alarmiert, welche durch die Fenster die Studenten mit Wasserströmen bekämpfte. Die Studenten bewarfen die Polizei mit Steinen und Ziegeln, wobei einige Polizisten Verletzungen davontrugen. Ueber 300 Studenten und Studentinnen wurden sodann in Lastautomobilen zum Palastkommisariat gebracht. 70 Studenten wurden freigelassen, wogegen 250 in Untersuchungshaft belassen wurden.

Wer vertritt die CSR in Goslar?

Goslar. (Tsch. P. B.) Die erste Haupttagung des Reichsbauerntates wurde hier in Anwesenheit zahlreicher ausländischer Bauernabornungen, darunter aus der Tschechoslowakei, Belgien, Dänemark, England, Italien, Japan, Jugoslawien, Lettland, Norwegen, Oesterreich, Polen, Südafrika, Schweden, der Schweiz und Ungarn eröffnet.

Nordische Front von Marokko bis Albanien

Tirana. Wie das albanische Pressebüro mitteilt, hat die Regierung General Franco mitgeteilt, daß sie seine Regierung anerkenne. Diese Anerkennung sei der antikommunistischen Politik der albanischen Regierung zuzuschreiben.

Ausdehnung der Bierzig-Stundenwoche in Frankreich auf zwölf Millionen Arbeiter. (N. F.) Die französische Regierung wird in der nächsten Zeit die Bierzig-Stundenwoche auf weitere Industriezweige ausdehnen. Bisher galt die Verkürzung der Arbeitszeit für etwa acht Millionen Arbeiter. Bis Ende dieses Jahres wird sie auch in den Banken, den Handelsunternehmungen, in der chemischen und in der graphischen Industrie eingeführt werden. Am 29. November 1936 erfolgt die Einführung der Bierzig-Stundenwoche außerdem in der Maschinen- und Schwerindustrie, am 16. Dezember bei den öffentlichen Betrieben und am 1. Jänner 1937 in der Textilindustrie. Falls die Verhandlungen mit den betroffenen Arbeitgebern zu keinem Ergebnis führen sollten, wird die Bierzig-Stundenwoche auf Grund der Regierungsvollmacht durchgesetzt werden. Ferner wird die Frage der Ueberstundenarbeit in dem Sinne geregelt, daß sie nur aus dringlichen Gründen zulässig ist und nicht mehr als eine Stunde im Tag oder 75 Stunden im Jahr betragen darf.

Das Kaffeehaus in der Seitengasse Roman von Fritz Rosenfeld

„Eigentlich ist es ein Vater.“ sagte Hugo, mit einem schüchternen Versuch, zu lachen.
„Ein Vater, so?“ sagte Carola.
„Er schläft in der Nacht oben, im ersten Stock.“ sagte Hugo. „Aber er brennt uns oft durch. Er läuft in die Garage hinüber, dort ist eine ganz gewöhnliche, ordinäre Kasse mit grünen Augen, die liebt er.“
Nun wußte Hugo nichts mehr zu sagen. Er ging in die Küche, brachte ein Tablett mit Wassergläsern, schob es auf Carolas Tisch. Sie nickte dankend.
Sie überlegte, ob sie nicht weggehen sollte. Pellikan beobachtete sie aus seiner dunklen Wächterede, wahrscheinlich nahm er an, sie sei eine Hypochondrin und lauernte auf den Augenblick, in dem sie unbeachtet das Café verlassen könnte. Genno starrte herüber, schrieb ein paar Zeilen, starrte wieder; sie hatte das Gefühl, er zeichnete sie ab, wie ein seltsames Tier in einem Zoo. Aber wenn sie das Café einmal verlassen hätte, würde sie nicht mehr die Kraft aufbringen, zurückzukommen. Es war des Entschlusses eines Augenblicks, der sie hergetrieben hatte, man durfte ihn nicht überprüfen, ihn nicht anzweifeln, sonst würde ihr bewußt werden, welchen Mißverständnissen sie sich ausgesetzt hatte und wie halllos die Hoffnungen waren, mit denen sie hergekommen. Sie kannte Willy doch nicht näher, sie hatte ihn einmal gesehen, sie wußte nur, daß er ein armer Teufel war; aber sie hatte Vertrauen zu ihm gewonnen und wenn es im Augenblick überhaupt einen Menschen

gab, an den sie sich zu wenden wagte, so war er es. Vielleicht hatte er sie längst vergessen, vielleicht warf er sie hinaus; dann hätte sie sich eben getäuscht, dann blieb ihr immer noch der Weg offen den sie nur im letzten Notfall gehen wollte: der Weg zur Polizei, die Anzeige gegen Frau Kapuschinsky, wegen Verleumdung, wegen Körperverletzung, wegen einer Flut von Gemeinheiten und Unmenslichkeiten, die der Richter ihr wahrscheinlich kaum glauben würde. Damit befreite sie auch den Vater von Frau Kapuschinsky, aber dies war nicht ihre Aufgabe, er sollte sich selber wehren, solange er es nicht tat, mußte man annehmen, daß er einen Grund hatte, seine Ehe aufrechtzuerhalten. Es war besser, Frau Kapuschinsky hinter sich zu lassen, zu überwinden, zu vergessen, als sich ihr vor dem Richterlich gegenüberzustellen, Aug in Aug, Wort gegen Wort; sie hatte sicher Tricks im Hinterhalt, denen Carola nicht gewachsen war. Das unerträgliche Verhältnis zwischen ihr und Frau Kapuschinsky ließ sich nicht leimen, nicht überbrücken, es ließ sich nur abbrechen; wenn Carola frei atmen und sich die Achtung vor sich selbst bewahren wollte, mußte sie ein neues Leben beginnen, unter andren Menschen.
Sie wußte, was es bedeutete, mit dem Vater zu brechen, auf alles zu verzichten, das er ihr bieten konnte, und sich in dieser Zeit der Zusammenbrüche und der Not eine Existenz aufzubauen. Mit dem Schwimmklub war es wohl vorbei, auch mit den Skiausflügen im Winter, und die Voge in der Oper hatte Frau Kapuschinsky jetzt für sich, sie konnte ganz allein dort sitzen und mit der fleischigen Hand die Melodien auf den Saum der Brust trommeln. Nun mußte ihr ein Stehplatz genügen, wenn es „Ridelitz“ gab oder die „Zauberflöte“; wer weiß, ob es für einen Stehplatz reichen würde.
Nabella rutschte herein, legte klappernd ihr Handtäschchen auf die Marmorplatte, zog einen Spiegel hervor, zog die Linien der Lippen mit Farbe nach, puderte ihre Nase.

„Diese Higel!“ jammerte sie. „Diese Higel! Hugo, bringen Sie mir eine Zitronenlimonade mit Eis.“
Sie sah sich um, ihr Blick ruhte auf Carola, ein fremdes Gesicht, eine Frau, um diese Zeit? Sie entdeckte Genno.
„Immer fleißig? Ein neuer Roman?“
Genno sah auf, machte eine müde Handbewegung, trank einen Schluck aus dem Bierglas.
„Roman? Wer liest heute noch Romane? Heute schreibt das Leben die Romane, und das Kino hält sie fest. Ich schreibe einen Essay.“
„Worüber denn, wenn man fragen darf?“
„Ueber die Ehe.“ Nabella lachte auf.
„Sie waren doch nie verheiratet! Was wissen Sie von der Ehe.“
„Ich beobachte die Menschen und spreche mit ihnen über ihre Erlebnisse.“
„Und Sie glauben, daß dies genügt?“
„Ich habe in hundert Ehen gesehen. Ich kenne hundert Tragödien. Wenn ich eine erlebt hätte, wüßte ich weniger um die Ehe, als ich aus den hundert Fällen weiß, die ich nicht selbst erlebt habe.“ „Gar nichts wissen Sie“, sagte Nabella.
„Ein paar Leute haben Sie angejammert, und das schreiben Sie auf.“
„Ich habe mit Männern und mit Frauen gesprochen. Ich habe das Problem von allen Seiten untersucht.“
„Haben Sie mit den Männern und den Frauen gesprochen, die miteinander verheiratet waren? Oder hat Ihnen immer nur ein Mann oder eine Frau eine Ehe geschildert?“
„Ich habe auch beide Seiten gehört, in ein paar Fällen.“
„Sie mühten immer beide Seiten hören. Dann würden sie erkennen, daß sie gar nichts wissen: denn es würden sich zwei vollkommen verschiedene Bilder ergeben, es wäre gar nicht dieselbe Ehe, die die beiden Menschen führen, sondern zwei verschiedene Ehen, oder eine dritte Ehe, die es gar nicht gibt.“

„Es genügt, wenn man schildert, was die Menschen erlebt haben, und daraus Schlüsse zieht.“
„Sie wollen das Problem der Ehe lösen?“
Nun wurde Genno unsicher.
„Ja werde es lösen.“
„Wie?“
„Das weiß ich noch nicht genau. Die Schlussfolgerung steht noch nicht fest. Ich bin erst beim zweiten Teil meiner Arbeit.“
Carola lächelte. Nabella fing das Lächeln auf. Carola sah Frau Kapuschinsky vor sich, wie sie die Hand erhob, um sie zu schlagen; die Tochter eines Mannes zu schlagen, mit dem sie verheiratet war, an den sie sich klammerte, den sie nicht freigab, dem sie jeden Groschen aus der Tasche zog, dem sie das Herz aus der Brust preßte, bis er in seiner Verzweiflung zur Brandweinflasche Zuflucht nahm. Nabella sah Otto vor sich, wie er mit Gasamas sprach, wie die beiden das Geschäft abschlossen: Hier der Lieferungsauftrag, hier die Frau, sie ist die Provision, die bei dem Geschäft für Sie abfällt! Ludmilla dachte an ihren Mann, der zu Hause auf dem Bett lag und schlief, der ein lustiger Dursch gewesen war, den Kopf voll toller Einfälle hatte, die Welt einreizen und neue aufbauen wollte, und nun nach einer alten Zeitung griff, die abgerissenen Fortsetzungen schlechter Romane verschlang und glücklich war, wenn sie eine Flasche Bier nach Hause brachte. Pellikan dachte an Frau Finsterbusch, die über den Rechnungen sah, und verweinte Augen hatte, wenn er ins Zimmer trat. Das wollte Genno aufschreiben? Und wem war damit geholfen, wenn es auf dem Papier stand? Wenn es gedruckt würde? Nichts änderte sich, Frau Kapuschinsky gab ihren Mann nicht frei, Otto blieb der alte, Ludmilla's Mann bekam seinen Quotum und seinen Lebensglauben nicht zurück und die Erdsumme auf den Rechnungen der Frau Finsterbusch wurde nicht kleiner.
(Fortsetzung folgt.)

Um das nationale Problem

Die „Blittonost“ eröffnet eine Artikelreihe über das nationale Problem, in welchem sie zunächst hervorhebt, wie notwendig es ist, gewisse Einzelprobleme zu lösen. Das Blatt schreibt:

Die Ungeklärtheit jener kleinen Fragen und Forderungen der deutschen Politik bei uns ermöglicht der Sudetendeutschen Partei so zu mandrieren, wie sie es heute tut: Da um einen Bissel ihrer außenpolitischen Orientierung zu täuschen, wenn es ihr paßt, da damit ihr Führer nach London gehe und sich dort als bescheidenster Opportunist aufspiele, dem es sich um nichts anderes handelt, als um Hilfe für hungrige Kinder und um Lieferungen für stillstehende Fabriken im Reichsberger Gebiet. Die Ungeklärtheit dieser kleinen Aktualitäten verursacht, daß die Führung der SdP sich ständig jenes allergößten Teiles ihrer Anhänger sicher sein kann, welche nicht hinter den Aktivist nur deswegen nicht gehen, weil sie ihnen diese Dinge errungen haben und welche — allerdings irrtümlicherweise — glauben, daß ihnen alles die Methoden des sudetendeutschen Radikalismus erringen wird. Wenn diese „kleinen Fragen“ gelöst würden, würde dies nicht nur eine großmoralische Stärkung des Aktivismus in der hiesigen deutschen öffentlichen Meinung herbeiführen — und das ist die Hauptsache — wir würden zu dem Augenblick gelangen, da das Bild der Sudetendeutschen Partei vor dieser öffentlichen Meinung aber auch vor der tschechoslowakischen Öffentlichkeit und schließlich und endlich auch vor der Weltöffentlichkeit auf das reduziert würde, was ihr eigentliches Wesen ist: Es würde sich zeigen, was der eigentliche Kern des Programms dieser Bewegung ist, was für sie die wirkliche „große“ Frage ist. Das würde nicht nur einen bedeutsamen Einfluß auf die neue Scheidung der Welt unter unseren Deutschen haben, sondern auch auf die Auffassung unserer tschechoslowakischen Parteien und Menschen von der Sudetendeutschen Partei. Und auch auf die Auffassung der ausländischen Öffentlichkeit, insbesondere im demokratischen Westen.

Wenn dem so ist, ist es, so scheint es uns doppelt wichtig, darüber nachzudenken, welches diese „kleinen Fragen“ sind. Und ob es tatsächlich notwendig ist, ihnen so sehr auszuweichen und ihre Lösung zu vertagen. Es würde dafür stehen, zu erwägen, was davon zur Lösung reif ist.

Das Blatt verspricht nun zum Schluß, daß es sich mit diesen Fragen befassen wird.

Nebrigens kommt die „Blittonost“ noch an zweiter Stelle auf das nationale Problem zu sprechen und sagt, die Situation sei durch die Stundgebungen des Präsidenten der Republik und des Ministerpräsidenten sowie durch die Bereitwilligkeit der Aktivisten, die nationalen Fragen „nach den Bedürfnissen der einzelnen Zweige der Staatsverwaltung“ zur Lösung zu bringen, zu Verhandlungen reif geworden. Die Situation rufe geradezu danach, sie vollständig auszulösen. Schließlich weist noch die „Blittonost“ die Frage auf, wer für die Schwächen der Verhandlungspartner sei und antwortet darauf, daß die deutschen Forderungen eine Aufgabe für Regierung und Koalition seien und von diesen erledigt werden müssen.

Neuregelung des Ernährungsbeitrags

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Regierung eine Verordnung erlassen, welche die Vorschriften über den Ernährungsbeitrag für Familien zum Präsenzdienst eingetriebener Soldaten ändert. Der Anspruch auf den Ernährungsbeitrag gebührt ab 1. Jänner 1937 den Familienmitgliedern eines zum Wehrdienst Einberufenen nur dann, wenn sie in der Zeit, wo der Einberufene den Wehrdienst angetreten hat, vermögenslos und erwerbsunfähig waren und wenn ihre Ernährung prinzipiell vom Arbeitseinkommen des Einberufenen abhing und durch die Einberufung bedroht ist. Unter den sonst gleichen Bedingungen und wenn sie durch eine Gemeindevorstande nachweisen, keine andere Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu beziehen, haben Anspruch auf diesen Beitrag auch Familienmitglieder eines zum Wehrdienst Einberufenen, der in der Zeit, wo er den Wehrdienst angetreten hat, ohne sein Versehen arbeitslos war. Die Verordnung tritt am 1. Jänner 1937 in Kraft.

Eisenbahngesetz im Ausschuss angenommen

Der sozialpolitische Ausschuss des Abgeordnetenhauses hat Donnerstag das Eisenbahngesetz angenommen. Die Sätze der Unfallversicherungsrenten wurden erhöht, und zwar bei Verwundungen von zwei Dritteln auf 75 Prozent des Jahresarbeitseinkommens, bei den Unterkleiden von 20 auf 30 Prozent, bzw. bei Waisen von 15 auf 17,5 Prozent. Eine längere Debatte erntete sich nur über Paragraph 139, welcher von der Errichtung bewaffneter Wachabteilungen auf den Eisenbahnen handelt. Hierzu ergriß auch Eisenbahnminister Wehner das Wort, der erklärte, die Errichtung dieser Wachen habe sich als absolut dringend erwiesen, da die staatlichen Sicherheitsorgane absolut nicht hinreichen, den Massenbedrohungen und Aufruhränderungen Einhalt zu tun. Es kam vor, daß die Wächter, die bloß mit Stöcken bewaffnet sind, von Wahnwildebanden überfallen wurden und in einem Falle

wurde der Wächter sogar von den Dieben vor eine fahrende Lokomotive geworfen, wobei ihm eine Hand abgerissen wurde. Der letztere Vorfall war die unmittelbare Ursache der Errichtung der bewaffneten Schutzabteilungen. Der Minister erklärte kategorisch, er wolle sich keine bewaffnete Garde schaffen, er lehne sich nach keiner solchen und würde sie auch nie zulassen. Die Mitglieder der bewaffneten Wachen erhalten die Waffe erst in dem Augenblick, wo sie den Nachdienst antreten und müssen sie nach Beendigung des Dienstes sofort ihrem Vorgesetzten abliefern. Niemand hat zu der Waffe Zutritt. Der Minister konstatierte, daß es mit Hilfe von Polizeihunden gelungen sei, die Diebstähle auf den Eisenbahnen fast vollständig zu beseitigen. Dies geschah im Zusammenwirken mit der Gendarmerie. Ueber die Bewachung der Eisenbahnstrecken in kritischen Zeiten entscheidet das Eisenbahnministerium im Einvernehmen mit dem Verteidigungsministerium.

Ein Korruptionsfall im Handelsministerium

Wie „Lid. Nov.“ zu melden wußten, liefen gegen einen Beamten des Handelsministeriums, der befördert werden sollte, zahlreiche Anzeigen ein, daß der Betreffende, der über die Bewilligung gewerblicher Subventionen zu entscheiden hatte, Bestechungsgelder annahm. Das Handelsministerium teilt hierzu mit, daß es im Zusammenhang mit der Erledigung

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Die Betriebsräte wahlen im Nürschan-Pilsner Becken

Gute Ergebnisse für die freien Gewerkschaften. Ueber die Betriebsräte wahlen auf den Schächten des Nürschan-Pilsner Kohlenbeckens erhielten wir knapp vor Blattschluß nachstehende Meldungen: **Masaryk-Schacht:** Mandat der Bergarbeiter drei Mandate, SdP drei Mandate. Beide Gruppen behaupteten ihre alte Stärke. **Krimisch-Schacht:** Gemeinsame Liste Union-SdP vier Mandate wie früher. Kommunisten ein Mandat, Jednota ein Mandat. Das Károlni Druzeni hat sein Mandat eingebüßt. **Rantobria-Schacht:** Union 2, SdP 2. **Maria-Beate in Dobraken:** Hier gab es nur eine Liste der Union, die drei Mandate besetzt.

Die Verantwortlichen für Auschwitz

Die Marienbader Gendarmerie hat ihre Nachforschungen in der Angelegenheit des Ueberfalles auf die sozialdemokratische Versammlung in Auschwitz am 21. d. abgeschlossen und die Schuldigen namhaft gemacht. Nach dem Ergebnis der Untersuchung wird gegen die in der Versammlung anwesenden Führer der SdP, Senator Ludwig Frank, Marienbad und Abg. Dr. Fritz Kallner, die Anklage nach Paragraph 78 des Strafgesetzes erhoben werden.

„Freigelassen — totgestochen“

Unter diesem Titel befaßt sich das „Znamer“ „Neue Volksblatt“ mit Franz Pfeifer aus Wilmanns, der, wie wir berichteten, in der Vorwoche ermordet wurde, Opfer einer vor nichts zurückschreckenden „Volksgemeinschaft“. In dem genannten Blatt wird behauptet, Pfeifer sei eben aus dem Arrelo entlassen worden, als er von seinen Gegnern ermordet wurde. Auf solche Weise soll das Andenken des Toten in besonders einprägsamer Weise geschmälert werden. Tatsächlich war Pfeifer überhaupt in keinem Arrest gewesen und es ist auch keine strafbare Handlung bekannt, die das verursacht haben könnte. Es handelt sich also bei der Behauptung des bürgerlichen Blattes um nichts anderes als um eine ganz gemeine und niederträchtige Verleumdung, mit der ein Toter besudelt und seine lebenden Freunde getroffen werden sollen.

Auch dieses Faktum gehört zu den Symptomen, die lehren, daß Kampf auf allen Linien und mit allen Mitteln entfacht werden soll. Wir sind bereit.

Eine Kundgebung des Bundes der Landwirte

Der Bund der Landwirte hat in einer Sitzung seiner Reichsparteivertretung eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die in der „Deutschen Landpost“ vom 26. November mitgeteilt werden. U. a. heißt es in der Kundgebung: Wir fordern: Volle Gleichberechtigung aller Nationalitäten im Staate nicht nur nach dem Gesetz, sondern vor allem in der Praxis bei Vergütung staatlicher Lieferungen, Anstellung von Beamten und Angestellten. — Die befriedigende Sanierung der im Moratorium befindlichen deutschen Geldanstalten längstens vor Jahreschluß. — Die Aufhebung der Verbindlichkeit von gleichlautenden Plenaentscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichtshofes. — Darüber hin-

von Subventionsgesuchen wie gewöhnlich Ende des Budgetjahres, so auch neuer, eine Revision der Finanzgebarung in jenen Organisationen durchzuführen ließ, die vom Ministerium Subventionen erhalten. Insofern die Ergebnisse dieser Revisionen im ersten Stadium nicht ganz zufriedenstellend waren, respektive insoweit Unstimmigkeiten festgestellt wurden, ließ das Ministerium eine ausführliche Untersuchung durchführen, die noch anhängig ist und deren Ergebnis man nicht vortreiben könne.

Kandidaturen bei Gemeindevahlen. In dem kleinen Städtchen Bohelitz im Bezirke Mikoltsburg finden am 8. Dezember ebenfalls die Gemeindevahlen statt. Es wurden nicht weniger als 16 Kandidatenlisten eingereicht, und zwar 3 deutsche (SdP, Wahlgemeinschaft, d. Sozialdemokraten), eine jüdische eine kommunistische und zehn tschechische Listen. Bohelitz hat nicht ganz 4000 Einwohner und weniger als 2000 Wähler. Den Rekord in der Zahl der Kandidatenlisten wie der Kandidaten dürfte allerdings die kleine Gemeinde Verehly bei Verehovo in Rapp. Muzland erreichen, wo von 700 Wählern nicht weniger als 418, also mehr als die Hälfte, kandidieren. In Chust, wo — wie berichtet, — die statliche Anzahl von 37 Kandidatenlisten aufgelegt wurde, und wo fast alle Parteien mit mehreren Listen in die Wahlen gehen, besteht auch eine Kandidatenliste der „Unpolitischen Kleinwohner von Chust“.

aus fordern wir in dem Bestreben, daß der Sprachgebrauch nicht nach politischen Gesichtspunkten, sondern nach dem praktischen Bedürfnisse für den Verkehr geregelt wird, doppeltsprachige Rechnungsbücher der Bezirksvertretungen und doppeltsprachige Rechnungsformulare in den Bezirken mit deutscher Geschäftssprache. Ebenso die Anpassung der Sprachvorschriften für den Eisenbahn- und Autobusverkehr nach den praktischen Bedürfnissen der Reisenden mit einer Minderheitsumgangssprache.

Auf dem Gebiete der Selbstverwaltung und der kulturellen Belange fordern wir: Vereinigung der alten anhängigen Schulforderungen; technische und zahlenmäßige Ausgestaltung der deutschen Sektionen der Landeskulturräte und der Landeschulräte. — Zur Ueberwindung der Krise in der Selbstverwaltung ist die rasche Verwirklichung des Planes einer endgültigen Regelung der Selbstverwaltungsfinanzen notwendig.

Der frühere Senator des Bundes der Landwirte, Josef L u l s h, ist Donnerstag im Alter von fast 75 Jahren in seinem Heimatsort Lodenitz in Mähren gestorben.

Dauba erhält eine Bahnlinie? Dauba ist ein Kuriosum: Eine Stadt, Bezirkshauptmannschaft, Bezirksgericht, ohne Bahn. Nun berichteten dieser Tage verschiedene Zeitungen, daß von Liboch abzuweichen, über Dauba nach W. Leipa führend, eine Bahnlinie gebaut werden solle. Das wäre gewiß zu begrüßen, zumal da außer einer Verbesserung des Verkehrs auch Arbeitsgelegenheit geschaffen würde. Dieses Bahnbauprojekt weckt die Erinnerung an ein Schicksal bürgerlichen, das schon Jahrzehnte zurückliegt.

Es war schon einmal so weit, daß Dauba ein Bahnverbindungen erhalten sollte. Die damaligen weisen Stadtväter von Dauba aber schenken den Bahnbau ab. Weil dadurch das heimische Hütlergewerbe ruiniert worden wäre.

Schulung der Frauen. Am Samstag, den 21. und Sonntag, den 22. November fand im Arbeiterheim in M e r s t a d t für die Bezirksorganisation Freudenthal eine Wochenendschule für Frauen statt, welche einen sehr guten Verlauf nahm. Vortragende waren die Genossinnen Elfe Paul-Sternberg, Kirpal-Auffig und Böhl-Freilwaldau.

Die Deutsche Arbeiterbewegung Mährisch-Odrau bringt folgende Vorträge: 30. November: Leonhard Hübl: Die heutige Lage der Arbeiterjugend. 7. Dezember: Dr. Walter Kolb: Die Demokratie baut auf: „Unsere Jugendgerichtsbarkeit“. — 21. Dezember: Raimund Hübl: Die Notwendigkeit der gesetzlichen Arbeitszeit. — 28. Dezember: Hans Honheiser: Das Arbeiten und das Feiern im Denken der Arbeitslosen. (Sämtliche Sendungen um 18.10 Uhr.)

Zahlen über dem Kindergartenwesen. In den Sudetenländern gibt es insgesamt 1653 tschechische und 887 deutsche Kindergärten. Von den tschechischen Kindergärten wiederum werden 412 von privater Seite erhalten, was einem Hundertsatz von etwa 25 entspricht, während 778, d. i. etwa 47 Prozent vom Staate verwaltet werden; deutscherseits verdanken 350, also 53 Prozent privater Hilfe ihren Bestand und nur 2, d. i. 0.3 Prozent werden vom Staate erhalten.

Zeitungs meldung 1936. Unser Karlsbad: „Vollswille“ berichtet unter dem 26. November: Dienstag nachmittags wurde die Rettungsgesellschaft verständigt, daß in der Nähe des Zentralhins ein Mann zusammengebrochen sei. Sie transportierte den Verletzten, der infolge des Sturzes eine Gehirnerschütterung erlitten hatte, nach dem Allgemeinen Krankenhaus, wo er als der 1899 geborene und nach Komotau zuständige Josef L., zur Zeit ohne ständigen Aufenthalt, festgestellt wurde. Das Erhöhterndste daran ist, daß L. mehrere Tage nicht gegessen hatte und so, durch den Hunger des letzten Widerstandes beraubt, zusammenbrach. Eine objektivere Anklage als das Schicksal dieses Obdachlosen kann wohl nicht gegen die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung, die die Schuld an der Wirtschaftskrise trägt, erhoben werden.

Zu den Betriebsräte wahlen im Odrauer Revier. In dieser Notiz ist ein bedauerlicher Druckfehler unterlaufen. Es soll richtig heißen: „Was die „Union der Bergarbeiter“ betrifft, hat sie im Odrauer Revier die s m a l weniger Stimmen erhalten als 1935“.



Vor einer Neuorientierung des Quai d'Orsay? Archimbauds Vorstoß

(MWP) Steht Frankreich vor einer Wendung in seiner Spanien-Politik und damit vor einer Neuorientierung der französischen Außenpolitik überhaupt? Auf diese Frage läßt sich um so schwerer eine eindeutige Antwort geben, als die Regierung selbst im Augenblick noch keine festen Beschlüsse gefaßt hat, wohl aber eine Reihe von Plänen berät, die darauf hindeuten, daß man neue Wege sucht. Es zeigt sich vor allem, und deshalb ist es notwendig, die ganze Frage zu stellen, daß von radikalsozialistischer Seite ganz offensichtlich eine Aenderung der außenpolitischen Konzeption vorgenommen werden soll, die unter Umständen von weittragender Bedeutung nicht nur für die Partei sein kann. Die französische Außenpolitik kennt seit langem nicht mehr das Gesetz des Handelns. Das, was man französische Außenpolitik nennt, ist im Grunde nichts weiter als die mehr oder minder rasche und mehr oder minder schwache Reaktion auf Ereignisse, die sich außerhalb Frankreichs abspielen haben, und zwar meist sogar noch gegen den Willen des Quai d'Orsay. In Frankreich hat man seit Barthous' Tode die Linie einer passiven Politik verfolgt. Mit welchem Erfolg — das weiß man am Quai d'Orsay genau so gut wie anderswo. Auch die Neutralitätserklärung Blums gegenüber Spanien war von keinem anderen Wunsche befeelt als dem, lieber einen Schritt zurückzuweichen, als auch nur einen Zentimeter zu weit vorwärtszugehen. Aus keinem anderen Grunde haben auch daher die Radikalsozialisten die Politik der strikten Neutralität gegenüber Spanien gepredigt und alle Vorstöße der radikalen Linken in Frankreich gestoppt. Nun aber scheint angesichts der Tatsache, daß eine nur passive Politik die Ereignisse nicht

auffaßt, die Radikalsozialisten bedenklich gemacht zu haben, und einer der Führer der Partei, der Abgeordnete Léon Archimbaud, einer der klügsten und vorichtigsten Politiker Frankreichs, veröffentlicht im „Ceuvre“ einen Artikel, dessen Inhalt zweifellos sensationell ist. Archimbaud fordert nämlich darin die Revision der Spaniens-Politik Frankreichs, indem er auseinandersetzt, daß eine weitere Neutralität den französischen Lebensinteressen höchst abträglich wäre. Archimbaud schreibt wörtlich: „Wir wachen entschlossen, um den Bürgerkrieg in keiner Beziehung zu verlängern, und für neutral zu erklären, und wir hatten recht, die Nichtintervention zu predigen. Aber in dem Augenblick, wo sich zeigte, daß wir Franzosen die einzigen waren, die die Nichtintervention wirklich durchführten, gilt unsere Begründung nicht mehr. Man kann sich weigern, zwei Menschen, die sich schlagen, Waffen zu geben. Aber einem Menschen Waffen zu verweigern, der sich verteidigt, während man auf der anderen Seite duldet, daß dem Angreifer Waffen gegeben werden: das hat nichts mehr mit Neutralität zu tun — damit macht man sich fast zum Komplizen des Angreifers.“ Archimbaud schließt mit den Sätzen: „Energische Worte haben noch ihre Wirkung. Man muß diese Worte sprechen, bevor es zu spät ist.“ In der Tat illustrieren diese Worte deutlich genug, wie stark sich der Stimmungsumschwung gemäßigter Kreise in Frankreich in den letzten Tagen bemerkbar gemacht hat. Der Einfluß der Radikalsozialisten auf die Regierung ist bedeutend; der Außenminister Debo selbst gehört dieser Partei an. Wird Debo das Steuer herumwerfen? Man wird es in wenigen Tagen wissen.

Eine Ausstellung der Jugendnot

Im Prager Stam-Gallas-Palais ist unter der Devise unserer tschechischen Jugendgenossen „Vor allem die Jugend — Wir wollen leben!“ eine Ausstellung errichtet worden, die den Betrachter in eindrucksvoller, durch Tatsachen, Zahlen und Bilder wirkender Art über das Elend der arbeitenden und vor allem der arbeitslosen Jugend aufklärt, ihn auf die Organisationen und Maßnahmen hinweist, die um die Linderung dieser Jugendnot bemüht sind, und an die Öffentlichkeit appelliert, der Jugend zu helfen und ihre sozialen Forderungen zu unterstützen.

Gewiß ist die Not der proletarischen — und auch eines Teils der studierenden — Jugend der Öffentlichkeit längst nicht mehr unbekannt. Gewiß haben die sozialistischen Parteien unserer Republik, haben Fürsorge- und Gesundheitsministerium, haben Wohlfahrtsorganisationen und Gemeinden Schritte getan, um die unter den furchtbaren Wirkungen der Krise leidende Jugend vor Hunger und Verzweiflung, vor körperlichen und seelischem Verfall zu bewahren.

Aber das Gesamtbild, das diese Ausstellung gibt, wirkt auch auf den erschütternd, dem Einzelnen nicht unbekannt sind. Und es zeigt, wieviel noch zu tun bleibt, um der heranwachsenden Generation ihr Recht auf Leben und Gesundheit zu sichern, von den vielen Zahlen und — meist sehr anschaulich dargestellten — Statistiken, denen wir in dieser Ausstellung begegnen, seien nur zwei Beispiele genannt, die den Umfang und die Ursachen der Jugendnot überzeugend zum Ausdruck bringen: es gibt in unserem Lande 200.000 Jugendliche ohne ausreichende Nahrung und Wohnung, und es gibt eine halbe Million arbeitender Jugendlicher, die zusammen nicht mehr als 1 1/2 Milliarden jährliches Einkommen haben.

Das Schicksal der Allerärmsten, der Kinder arbeitsloser Eltern, wird in der Ausstellung geradezu handgreiflich vorgeführt. Man hat eine Höhlenwohnung von der Prager Peripherie naturgetreu nachgebildet, die engen, ungesunden Wohnlöcher mit ihrem dürftigen, halbverfallenen Hausrat, den kahlen Wänden und einem als Bett dienenden, aber nicht als Bett zu bezeichnenden Möbelstück. Man hat die Kleider eines arbeitslosen Ehepaares aufgehängt — und daneben das fadenförmige, zerrissene Kleidchen ihrer kleinen Tochter. Man zeigt das Mahl des Arbeitlosen, das in der Hauptsache aus trockenem Brot und Kartoffeln besteht. Und im benachbarten Saal sind Bilder und Dokumente der „Erzgebirgshilfe“ ausgestellt, aus denen jeder erkennen kann, welche furchtbaren Verwüstungen die Krise in den süddeutschen Notgebieten unter der Jugend angerichtet hat. Die Kinderbriefe und die Berichte über den Zustand der von den Hilfsaktionen erhaltenen Erzgebirgskinder sprechen eine noch deutlichere, noch ergreifendere Sprache als die stummen Zeugen der Not, die anlagend vom Leben der Prager Arbeitslosen erzählen.

Ja, diese Ausstellung will nicht nur berichten, sie will anklagen. Rings an den Wänden sind Ausprüche führender Männer des tschechischen Volkes über den Wert gesunder Jugend und glücklicher Kindheit, über Erziehungs-ideale und Jugendpflicht verzeichnet, und jeder dieser Sätze mündet in der stummen Frage, warum nicht mehr getan wird, weit mehr als schon getan wurde, um die Wirklichkeit mit diesen Forderungen in Übereinstimmung zu bringen. Hinter den ausgestellten durchlöcherichten Schuhen einer arbeitslosen Familie hängt das Plakat eines Schuhgeschäfts mit seinen billigen, aber für den Erwerblosen unerträglichen Preisen, hinter den arbeitslosen Kleibern der Arbeitslosen leuchtet das elegante Kleideschild einer Modistin auf, und neben der Höhlenwohnung prangen auf einem reich bedeckten Tisch die kostbaren Geschirre aus dem Schaufenster einer Porzellanhandlung. Eine Anklage gegen die Ungerechtigkeit und Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft, wie sie einfacher und deutlicher kaum gedacht werden kann.

Aber gerade daß diese Ausstellung zustande kam, ist ein Beweis dafür, daß sich unsere Jugend nicht der Klage und Verzweiflung überlassen will. Denn die Veranstalter dieser Schau des Elends sind eben jene, die auf Mittel sinnen und Mittel einsetzen, um das Elend zu lindern und zu überwinden. Bilder und Statistiken zeigen die große Arbeit der tschechischen Jugendfürsorge, in einem anderen Raum zeigt die „Dravá Generace“, die Organisation unserer tschechischen Sozialdemokratie, den Umfang und die Erfolge ihres Wirkens, nebenan stellen die Metallarbeiter und die Gewerkschaftsjugend, die Erzgebirgshilfe, die „Amca“ und die Stadt Prag aus, die Bilder und Pläne von ihren Ferienlagern und den Arbeitslagern für jugendliche Erwerblose zeigt.

Die Absicht der Ausstellung ist, den Betrachter zu überzeugen, daß noch viel geschehen muß — aber daß auch viel getan werden kann, um der notleidenden Jugend zu helfen. In dem letzten Saal der Ausstellung sind an den Wänden die Forderungen der Jugend verzeichnet, die leben, arbeiten, ihren Geist und ihren Körper bilden, die eine Zukunft haben — und selbst an dieser Zukunft mitbauen will. Diese Jugend erhebt dieselben Forderungen, für welche die sozialistischen Parteien dieses Landes kämpfen. Sie verlangt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Verkürzung der Arbeitszeit und der Altersgrenze, die Erhöhung des Schulalters und die bessere fachliche Ausbildung der Jugendlichen. Sie fordert vom Staate Erhöhung der Investi-

tionen für öffentliche Arbeiten, wie Fluhregulierungen und Straßenbau. Sie verlangt staatlichen Schutz für die aus dem Militärdienst Entlassenen, die keine Arbeit finden. Sie fordert Hilfsmahnahmen für die intellektuelle Jugend und Fürsorgemaßnahmen für die gesundheitlich und geistig bedrohte heranwachsende Generation. Und sie gestaltet damit diese Ausstellung von der Jugendnot zu einer Manifestation für positive Forderungen.

„Jeder Prager Bürger sollte diese Ausstellung sehen“, steht auf einem Transparent geschrieben, das den Besucher der Ausstellung auf der Treppe begrüßt. Ein Wunsch, dem man nur beifolien kann, zumal da jeder Besucher mit zu dem Hilfswort beiträgt, für das hier getrieben wird. Die Ausstellung sollte aber jeder Bürger der Republik sehen. (Sie ist täglich von 10 bis 20 Uhr gegen ein Eintrittsgeld von nur 2 Kč zugänglich.)

Kauft keine nazifischen Kinderbücher! Alle Kinderbücher, die aus Hitlerdeutschland kommen, atmen mehr oder weniger den Geist des neuen Deutschland, den Geist der Sklaverei und des Militarismus. Soll man die Nazis, die bei sich zu Hause die ihnen ausgelieferte junge Generation mit Erfolg mit Hitler-Ungeist durchdringen, in ihrem Vernehmen unterstützen, auch in die Jugend des Auslands das Gift und den Schmutz ihrer Weltanschauung zu impfen? Wer sich nicht zum Handlanger Hitlers machen will, denkt in diesen Weihnachtswochen daran, beim Einkauf von Kinderbüchern keine reichsdeutschen zu wählen. Auch eine heimische deutsche Verlage legen Kinderbücher vor. Wenn diese Auswahl nicht genügt, der halte sich an die Produktion der tschechischen Verlage. Die Schweiz hat sich in den letzten Jahren stark dem Kinder- und Jugendbuch zugewandt. Gute Werke gibt es in großer Auswahl. Besorgt schon jetzt, was ihr eueren Kindern schenken wollt; verlangt vom Buchhändler tschechische oder tschechische oder tschechische Bücher: wenn er damit nicht versehen ist, so hat er gerade noch Zeit, eine Nachbestellung aufzugeben. Wendet euch vor allem an unsere Arbeiter-Kolporteur!

Das Krönungsgericht. Mittwoch wurde das englische Krönungsgericht feierlich eröffnet. Dieses Gericht hat alle Streitigkeiten bezüglich der vertriebenen Krone auf Ehrenämter bei der Krönung des englischen Herrschers zu entscheiden. Zunächst muß bestimmt werden, wer Eduard VIII. die Krone aufs Haupt setzen darf. Im allgemeinen ist es der Erzbischof von Canterbury, aber einmal ist auch der Erzbischof von York für dieses Amt auszuwählen worden. Dann wird bestimmt, wer den König bei der Krönung im wörtlichen Sinne unter die Arme greift. Auch diese hohe Funktion fällt zwei Erzbischöfen der anglikanischen Kirche zu. Danach folgen die kleineren Funktionen, um die sich die Lords streiten, vor allem das Recht, das Kissen mit der Krone dem König voranzutragen. Die Entscheidungen dieses Gerichtes werden auf Grund von Gesetzen gefällt, die noch heute seit Jahrhunderten in ihrer ursprünglichen Fassung gelten. Sie sind auf normannisch niedergeschrieben. Da die Richter heute diese Sprache nicht mehr verstehen, ist eine amtliche beglaubigte Übersetzung angefertigt worden, von der jeder Richter ein Exemplar erhalten hat. Aber die Entscheidungen müssen dem Gesetz gemäß noch in der alten Sprache bekanntgegeben werden. Sie werden dann für das Publikum durch einen besonderen Herald in modernem Englisch verlesen.

Ueberschwemmungen. Bei den durch heftige Regenfälle hervorgerufenen Ueberschwemmungen in Palästina kamen fünf Personen um Leben. In Naffa, Tel Aviv und in Jerusalem stehen zahlreiche Straßen unter Wasser. Die gefährdeten Gebäude wurden evakuiert.

Anfall eines Militärfliegers. (T.M.) Mittwoch, den 25. November, vormittags, nahm der Militärpilot Jagdflieger Alfons Kobilitz mit einem Jagdflugzeug während des Fluges von Olmütz nach Prag infolge ungünstiger Witterung in der Nähe der Gemeinde Chřest, westlich von Mählich, eine Notlandung vor. Auf dem ungunstigen Terrain wurde das Flugzeug bei der Landung beschädigt, und der Pilot erlitt ernste, jedoch keineswegs lebensgefährliche Verletzungen. Er wurde in das Krankenhaus von Mähr.-Schönberg eingeliefert.

Wahrscheinliches Wetter heute: In den Berberungen meist bewölkt und vielfach neblig, stellenweise etwas Sprühregen oder ganz geringfügiger Schneefall. Auch tagsüber leichter Frost. Windstille oder schwache Luftbewegung. Auf den Bergen zum Teil Bewölkungszunahme und Nebelbildung, ein wenig kühler. — Wetterausblick für Samstag: Anbauern des nebligen Witterungscharakteres.

Tagesneuigkeiten

Jahrestag eines Mordes

Am 27. November 1935 wurde in Aunau bei Freudensthal der 26jährige Buchhalter Rudolf Rosenzweig von dem SDP-Mitglied Karl Scheithauer meuchlings erschossen. Rosenzweig war Funktionär der sozialistischen Jugendbewegung und der Deutschen sozialdemo-



kratischen Arbeiterpartei. Die Entschiedenheit seines Eintretens für die sozialistische Sache hatte den Haß verhetzter junger Nationalisten geweckt. Der Mörder Karl Scheithauer hatte Rosenzweig persönlich gar nicht gekannt. Ihm genügte, daß seine Gesinnungsgenossen Walter Rosenzweig als einen „Schädling des Volkes“ hinstellten, dessen Beseitigung eine verdienstvolle Tat sei. Die geistigen Väter der Mordtat von Aunau sitzen in den Redaktionsstuben jener völkischen Presse, von welcher der Mord an Marxisten ununterbrochen verherrlicht und der Blutstrom, der sich über Deutschland ergießt, als das Ergebnis völkischer Erneuerungsarbeit gepriesen wird.

Karl Scheithauer flüchtete ins Dritte Reich. Er wurde dort wegen Fahrgehens und unbefugten Waffentragens zu — drei Wochen Arrest verurteilt. Das Auslieferungsbegehren unserer Gerichte wurde von den deutschen Behörden abgelehnt: Mörder sind im Dritten Reich nicht nur willkommen, sondern auf jeden Fall auch geschützt. Denn das Dritte Reich ist ein Kulturstaat und Hitler ist ein ehrenwerter Mann. Die Mörder von Potemba können es bezeugen. Einige Gesinnungsgenossen Scheithauers wurden nach dem Mord verhaftet und mit geringen Gefängnisstrafen belegt. Die Tat ist also noch immer ungeführt.

Über wir haben Walter Rosenzweig nicht vergessen. Ihn nicht und nicht Lessing, Formis und all die vielen anderen, die völkischen Mörderkugeln zum Opfer gefallen sind. Einmal wird die Stunde kommen, da für das vergossene Blut Sühne gefordert wird — und keine Missetat, begangen und bebubelt von den völkischen Blutläufern, wird ungerächt bleiben!

Der „Gringoire“ entführt? Der Direktor des nationalsozialistischen Tagblattes „Gringoire“, der ehemalige Abgeordnete Carbuccia, der bekanntlich die Lügenkampagne gegen Minister Salengro führte, erklärte Pressebetretern gegenüber, daß Donnerstag früh unbekannte Männer mit Revolvern bewaffnet, das Lastautomobil mit den Aufhängen überfielen, den Platz des Chauffeurs besetzten und das Auto mit der ganzen Last an einen unbekanntem Ort führten. Der Direktor erklärte, er habe eine neue Auflage im Umfange von einer halben Million drucken lassen, so daß das Blatt Freitag erscheinen werde. Hoffentlich findet auch der neu-aufgelegte Dred denselben richtigen Weg wie die erste Mißfuhrer!

Die „Casa Velasquez“. Bei den letzten Kämpfen in Madrid ist wiederholt die „Casa Velasquez“ genannt worden, um deren Besitz erbittert getritten wurde und die schwer beschädigt worden ist. Dieses „Haus Velasquez“ ist ein Gegenstück zur Villa Medici in Rom und eine Bildungshätte für französische Kunststudenten in Madrid gewesen. Es ist erst nach dem Kriege gegründet worden. Im Jahre 1920 legte Alfonso XIII. den Grundstein zu dem Gebäude, und 1928

weihte Primo de Rivera im Beisein des Königs das Haus ein. Aber erst 1935 waren die Bauarbeiten vollendet, und diesmal war es der Präsident der spanischen Republik Alcalá Zamora, der der Zeremonie beizuohnte. Unterhalb Jahre später sind die Feuerschale, in denen junge französische Künstler Velasquez und Greco kopierten, Maschinengewehrmeister geworden...

Acht Doz.-Arbeiter verbrannt. Der Frachtdampfer „Scanic“, der im Trockendock des Hafens von New Orleans liegt, ist durch einen Brand vernichtet worden. In den Flammen kamen acht Arbeiter ums Leben, ein neunter wird vermisst.

Explosion. Im Gaswerk von Montigny les Mines bei Metz ereignete sich Donnerstag vormittags eine Explosion. In den Trümmern sollen drei Arbeiter begraben worden sein. Bisher wurde eine Leiche geborgen. Sieben Arbeiter wurden verletzt.

Das ungestillte Meer. Infolge des heftigen Sturmes auf dem Schwarzen Meer sind vier Schiffe, darunter drei ausländische, gekentert. Aus verschiedenen Häfen treffen Nachrichten über Opfer an Menschenleben ein.

Jährliche Morphiumerzeugung 700 Kg. In der Tschechoslowakei werden jährlich rund 700 Kg. Morphium erzeugt. Zur Herstellung benötigt man 280.000 Kg. Mohw als Rohmaterial. Zur diesjährigen Rohstofflieferung haben sich 322 Interessenten gemeldet.

Von der Luft sehen. (1) Maharadscha Kunda erklärte seinen Untertanen, daß er hinter das Geheimnis der Langlebigkeit gekommen sei. Der Maharadscha selbst ist jetzt 70 Jahre alt, aber er macht den Eindruck eines Athleten. Seine 38 Jahre alte Frau sieht aus wie ein 18jähriges Mädchen, obwohl sie ihm bereits acht Kinder geboren hat. „Ich werde gut 100 Jahre alt werden“, erklärte der Maharadscha. „Schon seit zehn Jahren trage ich keine Brille mehr und seit 18 Jahren habe ich mich nie erkältet. Ich fühle mich wie ein junger Mensch, vor dem noch das ganze Leben liegt.“ Das Geheimnis der „ewigen Jugend“ liegt in einigen Atemübungen, die der Maharadscha von den indischen Weisen kennen gelernt hat. Dieses Atmungssystem hilft nicht nur, erfolgreich gegen das Alter anzukämpfen, sondern läßt Schwäche und Müdigkeit gar nicht aufkommen. „Atmung ist Leben“, sagt der Maharadscha. „Bestimmte Übungen stärken die Lungen, die Muskeln, die Nerven, das Herz, den Verdauungsmechanismus und die Drüsen. Man gelangt schließlich zu einem schwierigen und ungewohnten Atmungssystem. Auf Anordnung des Maharadscha wird dieses System nunmehr in allen Schulen seines Landes gelehrt. Es fragt sich, ob den Mexikanern, die außer der Luft wenig zu schlucken haben, das System auch so gut bekommen wird wie dem Herrn!



„Nationale“ bombardieren ihre Hauptstadt. Diese Aufnahme aus Madrid zeigt die Verwüstungen in einer Straße mit einem brennenden Auto im Vordergrund.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Samstag

Prag, Sender I: 10.05 Deutsche Presse, 10.15 Deutsche Sendung: Für die Frau, 12.10 Schallplattenkonzert, 15.00 Aus der „Verkauften Frau“, 17.55 Deutsche Sendung: Dr. Coop: Sportvorkehrung, 18.00 KFF, Spiel von Klubund, 18.45 Deutsche Presse, 19.30 Unterhaltungskonzert, 22.15 Tanzmusik. — Sender II: 7.30 Populäres Konzert, 14.15 Deutsche Sendung: Tanz in Musik und Lied, 14.59 Deutsche Presse, 18.15 Salonorchesterkonzert. — Bräun 11.05 Salonorchester, 17.40 Deutsche Sendung: Konzert. — Kaschau 12.05 Opernmusik, 12.35 Rundfunkorchesterkonzert. — Mähr.-Ostau 18.00 Schallplattenkonzert, 18.30 Operntengänge.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Neuere arbeitsrechtliche Entscheidungen

Rachdruck verboten.

Zuständigkeit der Arbeitsgerichte

Mit der Entscheidung vom 25. Oktober 1935, Nr. I 1804/35, befaßte sich das Oberste Gericht mit der Frage, ob die Arbeitsgerichte zuständig sind, über Streitigkeiten zu entscheiden, die aus einem Provisionsvertrag entstehen. In der Begründung nahm das Oberste Gericht auch ausdrücklich zu den wesentlichen Merkmalen des Dienstvertrages Stellung. Es führte aus:

„Gemäß § 1 des Gesetzes Nr. 181/31 S. d. G. u. B. sind die Arbeitsgerichte ausschließlich zuständig, über zwischen dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber entstandene Streitigkeiten aus dem durch privatrechtlichen Vertrag begründeten Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnis zu entscheiden. Gemäß § 2 a) sind die Arbeitsgerichte in den Grenzen der Bestimmungen des § 1 zuständig, insbesondere in Streitigkeiten über den Lohn, die Provision und andere Dienstbezüge und Dienstvergütungen zu entscheiden. Die Begründung des Regierungsvertrages (Druck des Senates der Nationalversammlung Nr. 852 aus dem Jahre 1930) führt zu dieser Bestimmung an, daß es sich hinsichtlich des Begriffes „Provision“ hier nicht um die Vergütungsgattung der Vergarbeiter, sondern um die Bezüge der Angestellten, insbesondere in Geschäften (Provisionsagenten) handelt, und zwar ohne Unterschied, ob es ausschließlich für einen einzigen Arbeitgeber oder für einige Arbeitgeber arbeitende Personen geht. Daraus ergibt sich, daß in die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte der Anspruch auf Provision nur dann fällt, wenn dieser Anspruch aus dem Dienst- (Arbeits-)verhältnis hervorgeht, daß also derjenige, der einen solchen Anspruch fordert, Arbeitnehmer des Beklagten ist, also keineswegs in anderen Fällen, wo es sich um den selbständigen Unternehmer (Geschäftsmann) handelt (siehe Entsch. Pl. 13.158 S. d. Entsch. d. O. G.). Das wesentliche Merkmal des Dienstverhältnisses besteht darin, daß Gegenstand des Vertrages Dienste (Arbeiten) sind, d. h. eine bestimmte dienstliche Tätigkeit, keineswegs nur ihr Ergebnis ist und daß bei der Ausübung der Dienste (Arbeiten) der Arbeitnehmer verpflichtet ist, sich nach den Anordnungen des Arbeitgebers zu richten, wodurch das Verhältnis der Abhängigkeit und Unterordnung des Arbeitnehmers zum Arbeitgeber entsteht, soweit es sich um seine durch den Dienst- (Arbeits-)vertrag begrenzte Tätigkeit handelt.“

Verzicht auf Überstundenentlohnung nach Beendigung des Dienstverhältnisses

In einem Prozeß, den das Oberste Gericht entschied, behauptete der Kläger, daß er im Unternehmen des Beklagten wöchentlich 80 bis 70 Stunden gearbeitet habe, die Entlohnung jedoch nur für 10 bis 12 Überstunden erhielt. Er forderte deshalb die Bezahlung der restlichen 10 bis 12 Überstunden. Der Kläger unterschrieb jedoch nach Beendigung des Dienstverhältnisses eine Erklärung, in welcher er bestätigte, daß seine Ansprüche gegen den Beklagten ausgeglichen sind.

Das Oberste Gericht stellte in dieser Entscheidung vom 30. November 1935, Nr. I 2187/35 fest, daß der Arbeitnehmer auch nach Beendigung des Dienstverhältnisses r e c h t s - a u f l i e g a u f die Entlohnung für Überstundenarbeit verzichten kann und begründete diesen Standpunkt wie folgt:

„Der Kläger war beim Beklagten bis zum 2. September 1933 beschäftigt und unterschrieb eine Erklärung vom 14. September 1933, in welcher er bestätigte, daß seine (des Klägers) Ansprüche gegen den Beklagten ausgeglichen wurden und daß er daher keinerlei Ansprüche gegen ihn besitzt. Der Kläger behauptet nun, daß er nach Beendigung des Dienstverhältnisses des Anspruchs auf die Entlohnung der Überstundenarbeit (§ 1444 a. S. G. B.) und ein solcher Verzicht ist gültig und für den Arbeitnehmer bindend (Sammlung der Entsch. d. O. G. Nr. 1933), da nach Beendigung des Dienstverhältnisses schon nicht mehr vorausgesetzt werden kann, daß der Arbeitgeber als der wirtschaftlich Stärkere seine Stellung zum Arbeitnehmer mißbrauchen und die Sache so einrichten konnte, daß sich der Arbeitnehmer der Nichtbezahlung der Überzeitarbeit aus der Befürchtung unterwarf, daß er ansonsten entlassen wird.“

Entlohnung von Überstunden, die mit Kenntnis, aber ohne ausdrückliche Anordnung des Arbeitgebers oder seiner Organe geleistet wurden

In der Entscheidung vom 2. Jänner 1936, Nr. II 869/35, befaßt sich das Oberste Gericht mit einem Fall, in welchem der Arbeitnehmer Überstunden zwar mit Kenntnis, aber ohne ausdrückliche Anordnung des Arbeitgebers leistete und auf Grund dessen den Anspruch auf Entlohnung für Überzeitarbeit erhob.

Das Oberste Gericht gelangte zu der Entscheidung, daß in diesem Fall der Anspruch auf Entlohnung für Überzeitarbeit berechtigt ist und führte dazu in der Begründung aus:

„Nach dem ständigen Entscheiden des Obersten Gerichtes ist eine Vereinbarung über unbillige Überzeitarbeit nichtig (vergl. Entsch. Pl. 10.226, 10.504, 12.158, 1381 der S. d. Entsch. d. O. G.); sie hat nicht einmal Rechtsverbindlichkeit über die

Entlohnung für Überzeitarbeit. Handelte es sich um unbillige Überzeitarbeit, was bisher nicht festgestellt wurde (§ 503, Pl. 2 P. O.), so hätte es nicht einmal Bedeutung, ob sich der Kläger während der Dauer des Arbeitsverhältnisses des Erfahres für die Überzeitarbeit begab. Die Arbeitnehmer können jedoch auch bei nichtbewilligten Überzeitarbeit wegen unzureichender Vereinbarung des Arbeitgebers und wegen ihrer eigenen Schädigung Ersatz fordern. Zur Begründung des Anspruchs des Klägers vom Standpunkt der unzureichenden Vereinbarung des Beklagten zum Schaden des Klägers genügt in dieser Sache das Vorbringen des Klägers, daß er nach Beendigung seiner Arbeit zeugnisse war, noch verschiedene Überzeitarbeit zu leisten, für welche er überhaupt nichts bezahlt erhielt (vergl. Entsch. Pl. 12.158 S. d. Entsch. d. O. G.). Der Schluß des Berufungsgerichtes, daß der Kläger freiwillig über die Zeit arbeitete, lediglich aus Entgegenkommen zum Leiter der Verkaufsstelle, findet in den Tatbeständen keine Stütze. Die Zeugen sagten aus, daß die Arbeitnehmer verpflichtet waren, andere Arbeiten zu leisten, daß Überzeitarbeit über Anordnung des Werkführers erfolgte und daß der Kläger über die Zeit bleiben mußte, weil er die gesamte während des Tages abgeführte Arbeit kontrollieren mußte, womit er in der Arbeitszeit nicht fertig werden konnte, und daß der Leiter vom Kläger forderte, während des Tages abgeführte Arbeit noch am selben Tag zu kontrollieren. Es ist nicht erforderlich, daß die Überzeitarbeit aber ausdrückliche Anordnung geleistet wird, es genügt, wenn dies mit Kenntnis des Organs erfolgt, das berechtigt war, die Arbeit anzuweisen und anzuordnen, wenn sie abgegeben werden sollte.“

Einem ähnlichen Fall betrifft die Entscheidung des Obersten Gerichtes vom 30. Jänner 1936, Nr. II 844/35. Hier handelt es sich um die Frage, ob dem im Afford arbeitenden Arbeitnehmer der Anspruch für Überstunden dann zusteht, wenn es ihm überlassen war, sich die ihm zugewiesene Arbeit nach eigenem Willen einzurichten. Im Rechtsfah zu dieser Entscheidung stellt das Oberste Gericht fest:

„Überließ es der Arbeitgeber dem im Afford arbeitenden Arbeitnehmer, sich die Arbeit einzurichten, wie er es selbst will, so kann der Arbeitnehmer aus der Vorschrift der §§ 6 (3) und 7 (4) des Ges. Nr. 91/18 S. d. G. u. B. keinen Anspruch auf eine besondere Entlohnung nur deshalb ableiten, daß er am Vormittag länger als acht Stunden arbeitete, außer daß ihm ein bestimmtes Pensum vorgeschrieben wurde, damit er es in der achtstündigen Arbeitszeit durchführe, und der Arbeitnehmer nicht imstande war, es in dieser Zeit zu vollbringen.“

In der **V e g r ü n d u n g** erklärt das Oberste Gericht u. a. noch folgendes:

„Der im Afford arbeitende, nach der Anzahl der erzeugten Stücke bezahlte Arbeitnehmer wäre allerdings für die ganze Arbeit entlohnt worden und hätte aus der Bestimmung des § 6, Absatz 3 und § 7, Absatz 4 des Ges. Nr. 91/18 S. d. G. u. B. für sich nicht noch einen weiteren Anspruch auf eine besondere Entlohnung dafür ableiten können, daß es

an der Verarbeitung seines Pensums länger als acht Stunden täglich arbeitete (vergl. Entsch. Pl. 11.115 der S. d. Entsch. d. O. G.), wenn es ihm vom Arbeitgeber überlassen war, sich die Arbeit, wie er es selbst will, einzurichten. War dem Arbeitnehmer aber ein bestimmtes Pensum vorgeschrieben, damit er es in der achtstündigen Arbeitszeit durchführe, der Arbeitnehmer aber nicht imstande war, es in dieser Zeit zu vollbringen und mußte er zu dessen Bewältigung über acht Stunden täglich arbeiten, dann kann man die Sache nicht nach der obenangeführten Ansicht über die Affordarbeit beurteilen und der Arbeitnehmer verliert nicht den Anspruch auf die Entlohnung der Überzeitarbeit.“

Streitigkeiten wegen ordentlicher Benützung der Dienstwohnung gehören vor das Arbeitsgericht

Der § 2 des Gesetzes über die Arbeitsgerichte vom 4. Juli 1931 stellt u. a. fest, daß in die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte auch Entscheidungen über die Kündigung, die Räumung oder den Mietzins von Wohnungen gehören, deren Benützung vom Arbeitgeber dem Arbeitnehmer ohne oder gegen Entgelt gewährt wurde. In dem konkreten Fall, mit dem sich das Oberste Gericht in seiner Entscheidung vom 7. Februar 1936, Nr. II 326/34, zu befassen hatte, handelte es sich um einen Unfall, den die Mieterin einer Dienstwohnung dadurch erlitt, daß sich der Arbeitgeber a. 2 Hausigentümer nicht um die ordentliche Benützung der Dienstwohnung kümmerte. Das Oberste Gericht entschied dahin, daß Ansprüche des Arbeitnehmers auf Schadenersatz, weil sich der Arbeitgeber nicht um die ordentliche Benützung der Dienstwohnung kümmerte, zur Zuständigkeit der Arbeitsgerichte gehören. Es begründete seinen Standpunkt wie folgt:

„Die Klägerin begründete den Anspruch auf Schadenersatz damit, daß sich die Beklagte nicht um die ordentliche Benützung der Dienstwohnung kümmerte. Ein solcher Schadenersatz des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber gehört jedoch in die Zuständigkeit des Arbeitsgerichtes, bzw. der Abteilung des Bezirksgerichtes für Arbeitsstreitigkeiten, und falls für das Bezirksgericht weder ein Arbeitsgericht noch eine Abteilung des Bezirksgerichtes für Arbeitsstreitigkeiten errichtet ist, gehört er in die sachliche Zuständigkeit der Arbeitsgerichte (§ 42 des Gesetzes über die Arbeitsgerichte). Das geht insbesondere aus der Bestimmung des § 2 c) des Gesetzes über die Arbeitsgerichte hervor, nach welchem die Arbeitsgerichte zuständig sind, über Erbschaftsprüfung aus dem Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnis zu entscheiden. Daß die Dienstwohnung ein Bestandteil des Dienstverhältnisses ist, geht aus dem § 2 f) des Gesetzes über die Arbeitsgerichte hervor, nach welchem die Arbeitsgerichte über die Kündigung, die Räumung oder den Mietzins von Wohnungen entscheiden, deren Benützung der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer ohne oder gegen Entgelt gewährt. Es ist gleichgültig, daß im § 2 c) des Gesetzes über die Arbeitsgerichte nicht ausdrücklich der Anspruch auf Ersatz des bei der Benützung der Dienstwohnung entstandenen Schadens angeführt ist, da im § 2 c) einige einschlägige Fälle nur beispielweise („insbesondere“) angeführt sind. Wäre die Benützung der Dienstwohnung und ihres Zubehörs einen Bestandteil des Dienstverhältnisses und erlitt die Klägerin bei der Benützung der Dienstwohnung einen Unfall und erhob sie deshalb den Schadenersatz gegenüber dem Verlesten, so handelt es sich um einen in der Vorschrift des § 2 c) des Gesetzes über die Arbeitsgerichte bezeichneten Streit.“

Ausland

Ein offener Brief an die Sowjets

Die in Paris befindliche Auslandsvertretung der russischen Sozialdemokratie hat an den Sowjetkongress einen offenen Brief gerichtet, der das Interesse der gesamten Arbeiteröffentlichkeit verdient.

Der Vorstand der russischen Sozialdemokratie hat sich in einer Sitzung mit den innerpolitischen Fragen der Sowjetunion beschäftigt. Als **A u f g a b e** d e r **P a r t e i** wurde die Unterstüßung der Bestrebungen nach Wahrung der Interessen der russischen Arbeitermassen im Rahmen der neuen Verfassung festgelegt. Dilemme Zweck dient auch der offene Brief.

In diesem wird zunächst neuerdings hervorgehoben, daß die Sozialdemokratie von den Volkseigenen durch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Methoden des revolutionären Kampfes und über die Form der proletarischen Organisationen getrennt sind. Andererseits hat sie sich stets mit aller Schärfe gegen jede politische Richtung gewandt, die auf den gewaltsamen Sturz des Sowjetregimes abzielte. Diesen Standpunkt vertritt die Partei auch heute. Sie hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß sie die **t e r r o r i s t i s c h e** **D i k t a t u r** nur als Folgeerscheinung des Bürgerkriegs betrachtet, die aber **I n a n g e** **ü b e r** **w a n d e n** wäre, wenn nicht der **P a r t e i a p p a r a t**, die **V i r o k r a t i e** und die **G P U** aus egoistischen Gründen **a n i h e r** **a u f r e c h t e r** **h a l t u n g** interessiert wären.

Die russische Sozialdemokratie erkennt, daß die größte Gefahr für die russische Revolution in der Aufrechterhaltung der Diktatur liegt, und daß diese bereits heute die Ertrungenschaften gefährdet, die von den Massen im Verlaufe der Revolution erreicht worden sind. Die russische Sozialdemokratie hat stündig die **D e m o k r a t i s i e r u n g** **d e s** **S o w j e t s y s t e m s** und die **A u t o n o m i e** **d e r** **G e w e r k s c h a f t e n** gefordert. Sie verlangte die **W e b e**, **B r e s s e**, **V e r s a m m l u n g s** und **D e m o n s t r a t i o n s f r e i h e i t** und das **a l l g e m e i n e**, **g l e i c h e** und **g e s e i n d e** **W a h l r e c h t**.

darum schweigen sie nicht, sondern sprechen offen aus, was sie sehen und was sie wissen.“

Am weiteren unterzieht der Offene Brief den vorgelegten **V e r f a s s u n g s e n t w u r f** einer **k r i t i k**: er stellt fest, daß das **S t r e i t r e c h t** **n i c h t** **b e s e t z t**; daß die Verfassung den Sowjetbürgern nicht das Recht gibt, ihren Auffassungen in selbständigen, freien und autonomen Vereinigungen Ausdruck zu geben. Der Entwurf kennt nur die Organisationen, die in der Hand der kommunistischen Partei sind. Das bedeutet die Monopolisierung der politischen Führung, der gegenüber der Offene Brief die **w i r k l i c h e** politische und organisatorische Freiheit der Massen fordert. Er verlangt die **A u f h e b u n g** der bestehenden Ungleichheiten und führt aus, daß der Sieg über den Weltfaschismus, die Wiederherstellung des Vertrauens, die Wiedervereinheitlichung der sozialistischen Proletariatsmassen nur dann zu erreichen ist, wenn in Rußland die Tore der Gefängnisse geöffnet, die Verbannungen zurückgenommen und so die Atmosphäre befreit wird, welche jedes Vertrauen tötet. Das Verlassen des terroristischen Regimes würde den Weg zum Sieg des Sozialismus und zur demokratischen Freiheit eröffnen. Es ist notwendig, die Freiheit der Massen und der Person, die Sicherheit des Rechtes und Lebens herzustellen.

Die russische Sozialdemokratie hofft, daß die neue Sowjetregierung einen Schritt auf dem Wege zur Beseitigung von Terror und Diktatur und zur Herstellung der notwendigen politischen Freiheit bedeuten wird.

Alarm der USA-Gewerkschaften. Der beschwerliche Kongreß der „American Federation of Labour“ zu Tampa, Florida, wird die Aufmerksamkeit des Landes auf die Gefahr lenken, die das Großunternehmertum durch die Einrückung und Aufrechterhaltung einer Armee von Spiegeln und Probotaktoren gegen die Lohnkämpfe der Arbeiter begründet hat. Millionen Dollars werden aufgewendet, so stellt der Vorstandsbericht an den Kongreß fest, um die öffentliche Unterjochung dieser Privatarmeen der Unternehmer ergebnislos versanden zu lassen. Diese Unterjochung wird von einem Ausschuß des Senats unter dem Vorhitz des bekannten Fortschrittlers **L a f o l e t t e** geführt. Ein einziges Großunternehmen hat bisher 4,2 Millionen für überflüssigen Terrortruppen aufgewendet. Große Werkstätten ergänzen diese Rüstung gegen die Beschäftigten, selbst gegen ihre Frauen und Kinder. Der Bericht weist darauf hin, daß bereits Verteidigungstruppen der Arbeiter für den Fall aufgestellt werden, daß die Kapitalsarmee losläßt. Die Warnung der Gewerkschaften vor einem Bürgerkrieg als schließlichem Ergebnis dieser Rüstungen des Unternehmertums wird nicht ohne ausreichendes Beweismaterial erhoben. (In)

Frankreich und Franco. Der weit reichende Eheredakteur des „V. Ordre“, Emile **B u r e**, schreibt, er zähle nicht zu denjenigen, die sich über die von Franco dank der Kolonialtruppen und der tatkräftigen Hilfe Hitlers und Mussolinis errungenen Siege freuen. Die spanische Republik sei zwar 1935 ebensowenig lebensfähig gewesen wie 1873, aber man müsse die Konsequenzen erkennen, die sich für Frankreich aus dem Fall der spanischen Republik ergeben würden. Es gebe fonderbare französische Nationalisten, die von Rom Aufrufe entgegennehmen, die spanischen Generale mit Ehrenbegehren beschenken, obwohl diese ihr Land von Marokko aus eroberten, und die daher eine politische Reichfertigkeit an den Tag legten. Er könne nur Siege begrüßen, die sein Land stärken. Das sei aber in Spanien nicht der Fall.

In Kürze:

New Delhi. (Reuter.) Die aufständischen Stämme, welche mit britischen Truppen zusammenstießen, wurden nach einem heftigen Gefecht durch Flugzeuge vertrieben. Es heißt, daß die Regierungstruppen nur manifestieren und die Anhänger der Regierung veranlassen wollten, einen gewissen **P a s i** auszuweisen, der in jenem Gebiete Zuflucht gesucht hatte und eine gegen die Regierung gerichtete Aktion hervorzurufen versuchte.

New Delhi. (Reuter.) In Bagdad wurden englisch-indische Truppen von Eingeborenen überfallen. Dabei fielen 14 indische Soldaten und ein britischer Soldat. Verletzt wurden neun englische und 68 indische Soldaten.



Für Christentum und nordische Ehre verwundeter mohammedanischer Maure

Prager Zeitung

Entwicklungstendenzen der Sozialversicherung

Gestern sprach im Sozialen Institut Prof. Dr. Schönbaum im Rahmen der Vortragsreihe über Probleme unserer Sozialversicherung über die Entwicklungstendenzen der Sozialversicherung. Er schilderte seinen Ausführungen einen Hinweis auf die schnelle Entwicklung der Sozialversicherung in allen Staaten vorwärts und betonte, daß gerade die Verwendung von Betreibern, die in der Wirtschaft eingetreten ist, es jetzt notwendig macht, die Erfahrungen in der Krise geltend zu machen.

Ende 1935 wurden aus dem Ertrag unserer Volkswirtschaft zweieinhalb Milliarden Kronen jährlich zur Erhaltung der Existenz von Angestellten und ihren Familien im Falle des Ausfallens der Arbeitsfähigkeit überführt, was die Summe der Versicherungsbeiträge darstellt, die unter dem Einfluß der Krise gegenüber dem Stande von 1929 nahezu um 25 Prozent zurückgegangen ist. Auch die Gesamtsumme des Vermögens der Träger der Sozialversicherung in der Höhe von 15 Milliarden zu Ende 1935 ist für unsere Privat- und Staatswirtschaft von großer Bedeutung.

Der Vortragende stellt fest, daß die Bestrebungen der Sozialversicherung durch Staatsverwaltung oder andere sozialpolitische Maßnahmen, beispielsweise obligatorisches Sparen, verlagert haben und daß im Gegenteil ähnliche Systeme in Staaten, die sie bisher hatten, durch das System der Sozialversicherung ersetzt werden. Er verweist dabei auf die allgemeine Tendenz in allen Staaten, eine Nationalisierung der Sozialversicherung und organisatorische Vereinigung, zum Beispiel durch engere Verbindung der Kranken- und Invalidenversicherung, durch Negation der Beziehungen zwischen den Trägern der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung, die bis zum Anfang des sogenannten Hebereritageses geführt hat, und befaßt sich sodann mit den Auswirkungen der Krise auf die künftige Entwicklung unserer Versicherung. Er betont, daß die Deckungssysteme unserer Versicherung eine größere Widerstandsfähigkeit gegenüber dem wirtschaftlichen Wellenschlag erwiesen haben.

Großen Einfluß auf die Entwicklung der Sozialversicherung werden in Zukunft verschiedene sozialbiologische Umgruppierungen haben, namentlich der Rückgang der Sterblichkeit, der zu einer Verlagerung der verhältnismäßigen Lebensdauer führen wird, mit deren Folgen für die Sozialversicherung sich der Redner befaßt, sowie die stetig findende Zahl der Geburten. Was den Geburtenrückgang anlangt, stellt Redner fest, daß er zusammen mit der Abnahme der Sterblichkeit in Zukunft eine ungünstige Altersgruppierung im Kollektiv der Versicherungsnehmer zur Folge haben wird, namentlich das sogenannte Alterwerden der Bevölkerung ohne den mit dem Einfluss der jüngeren, erst in die Versicherung eintretenden Jahrgänge. Für die allerersten Jahre ist mit einer Verstärkung dieser ungünstigen Erscheinung schon deshalb zu rechnen, weil das für den Eintritt in die Ehe entsprechende Alter jense zahlreichschwächeren Jahrgänge erreichen, die in den Kriegsjahren geboren wurden, so daß in den allerersten Jahren die Zahl der geschlossenen Ehen und damit wiederum die Nationalitätsgiffern zurückgehen werden. Im Zusammenhang mit diesen Bevölkerungsveränderungen macht Redner auf die Anträge aufmerksam, die im Zusammenhang mit der Sozialversicherung die Geburtenziffern steigern sollen, namentlich auf Vordrängers Antrag der Familienversicherung, nach welchem die Prämien der Sozialversicherung nach dem Stande der Familie abgestuft wären, wodurch finanzielle Unterlagen für die Auszahlung der Erziehungsbeiträge für die Familien der Arbeiter und Angestellten mit größerer Kinderzahl gegeben wären, wobei der Vortragende die Schattenseiten dieses Antrages nachweist, welche seine Durchföhrung erschweren.

Mit dem Hinweis auf wichtige Probleme, die Sozialversicherungsbeziehungen in der sozialen Struktur der Bevölkerung herbeiföhren, wie es die intensiveren Zunahme der Angestellten in höheren Dienstklassen gegenüber den Arbeitern, das Eindringen der Frauen in die Erwerbstätigkeit und die sogenannte dauernde Arbeitslosigkeit ist, und der Betonung der Notwendigkeit ihrer Lösung, schließt der Redner seinen Vortrag.

Verstüßelt und erstickt. Beim Neuenlofer Mofter waren gestern vormittags mehrere Arbeiter, unter ihnen der Slowake Wenzel Talian, mit Erdarbeiten beschäftigt, wobei sie eine etwa 10 Meter hohe Erdschicht aushuben. Plötzlich stürzte das unterhöhlte Erdreich zusammen und begrub Talian. Einige Arbeiter der elektrischen Unternehmungen, die in der Nähe beschäftigt waren, eilten sofort zu Hilfe und nach einer Weile gelang es auch, den Verstüßelten zu befreien, der jedoch bereits tot war. Der Arzt der ebenfalls eingetroffenen Rettungsgesellschaft konnte nur mehr den Tod durch Erstickten feststellen; die Leiche wurde ins Institut für gerichtliche Medizin gebracht.

Tod auf einem Autowahlweg. Gestern um 8 Uhr früh fuhr der Handlungsgehilfe Franz Kubat mit seinem Auto C — 53.355 über den Maschafai in der Richtung nach Podol, wobei er den 45jährigen Arbeiter Josef Subdala aus Ninonitz niederstieß und schwer verletzte. Statt zu halten, fuhr er in verstärktem Tempo davon, wurde aber von zwei anderen Autos verfolgt und bei der Sokolovna am Wschegrad eingeholt. Die beiden Chauffeure nötigten Kubat zurückzufahren und den Verletzten aufzunehmen, den er sodann auf die Klinik Jirásek überführte. Hier wurde festgestellt, daß Subdala, der bewusstlos war, zahlreiche Knochenbrüche und Wunden erlitten hat; der Chauffeur wurde auf die Wollschneiderei gebracht.

Leitungsvorfälle überfahren. Gestern um 9 Uhr vormittags überfuhr vor dem Kino „Hvězda“ auf dem Wenzelsplatz der 80jährige Chauffeur Bohumil Moser aus Prag XII die 81jährige Leitungsverkäuferin Marie Bednář aus Straßnitz, die ihm

angeblich gerade in die Fahrbahn lief. Die Bewußtlose wurde mit einer schweren Gehirnerschütterung und mehreren Wunden auf die Klinik Jirásek gebracht.

Ein Schüler überfahren. Gestern nachmittags um 4 Uhr warf das Automobil des Vaders Josef Mandus aus Smichow in der Jáboskaße den 18jährigen Schüler Rudolf Spatil aus Smichow zu Boden, so daß er bewußtlos liegen blieb. Die Rettungsgesellschaft brachte ihn auf die Klinik Schöffer, wo eine schwere Gehirnerschütterung und ein Bluterguß ins Gesicht festgestellt wurde.

Todessturz in den Liftschacht. Gestern nachmittags arbeitete der 32jährige Maurer A. Grubš im 4. Stockwerk eines Wohnhauses in der Huskaße in Pfitow. Während der Arbeit blieb er stehen, um in den Liftschacht zu schauen; hierbei wurde er vom Auf-

Bezirksorganisation Prag der DSAP

Wir machen unsere Mitglieder auf die städtische Ausstellung der Sozialistischen Jugend

CSR richtig gesehen

im Kleinen Uraniasaal aufmerksam und empfehlen allen Genossen und Genossinnen den Besuch dieser interessanten Exposition.

aus, der gerade hinterfuhr, in den Schacht gestürzt. Die Rettungsgesellschaft brachte ihn auf die Klinik Schöffer, wo ein Bruch des Rückgrats festgestellt wurde. Die Verletzung ist tödlich.

Ueternverammlung in Prag VII. Am 30. November um 19.30 Uhr im Restepalais. Frau Prof. E. P. i. n. g. e. r.: „Bewegungselemente in der Musiklehre“. Herr E. i. s. t. b. r.: „Sinn und Wert der Reisedübungen für die heranwachsende Jugend.“ Gäste willkommen.

Die Masarin-Volkshochschule des deutschen Volkshilfsvereines „Urania“ in Prag II, Klimentinská 4, veranstaltet unentgeltliche deutsche Sprachkurse für Tschechen. Vorläufig beginnt am Montag, den 30. November, ein Kurs der deutschen Sprache für Anfänger und am Mittwoch, den 3. Dezember, ein deutscher Konversationskurs. Diese Kurse finden immer von 18.15 bis 20 Uhr statt und werden vorläufig etwa drei Monate dauern.

Gerichtssaal

Dreitägiger Defraudations-Prozess

Buchhaltungschef und Dirigent

Prag, 26. Vor dem Senat des O. R. Dr. P. e. r. n. i. begann gestern die Verhandlung eines Defraudationsprozesses großen Stils, dessen Dauer auf drei Tage geschätzt wird. Angeklagt sind der ehemalige Vorstand der Buchhaltungsabteilung der „Dobutč a Masná voladna“ (Wies- und Fleischkassette) Johann M. i. l. o. l. á. s. e. l. und der Dirigent dieses Unternehmens Franz S. v. a. t. o. s. Die Unterhaltungen, soweit sie die Anklage erfährt, erreichen insgesamt die respektable Höhe von 1.073.000 Kč.

Belagte „Wies- und Fleischkassette“, die als G. m. b. H. 1921 gegründet wurde und deren Geschäftsführer die Stadtgemeinde Prag, die Fleischer- und Selcherbank und der agrarische Großbetrieb für Fleischverwertung „Jemla“ waren, war gedacht als großzügig organisiertes Finanzierungsinstitut für alle Zweige des hauptsächlichsten Marktes für Viehverwertung und Fleischverarbeitung. Das erforderliche Personal stellte die Fleischer- und Selcherbank zur Verfügung und so kam der Hauptangeklagte M. i. l. o. l. á. s. e. l., der heute erst 36 Jahre zählt, als ganz junger Mann auf den Posten, der ihm ein ganz unkontrolliertes sehr verantwortungsvolles Tätigkeitsgebiet wies. Wie so manche andere kurz nach dem Untere gegründete Finanzinstitute, weist auch dieses Unternehmen bei seiner Gründung und Organisation die typischen Mängel und Lücken des Verwaltungssystems auf, die auf die Tätigkeit hierantischer Gründer zurückzuführen sind. Wie die Anklage ausdrücklich hervorhebt, bestand überhaupt keine Kontrollstelle, die den verantwortlichen Funktionen auf die Finger gesehen hätte. Vorsitzender des „G. e. s. c. h. ä. f. t. s. f. h. s. r. u. n. g. s. r. a. t. e. s.“ war von der Gründung bis zu seinem Tod im Jahre 1930 ein gewisser Herr T. i. t. e. r. a., der von der Geschäftsföhrung sogleich vertrieben, daß sich der Angeklagte M. i. l. o. l. á. s. e. l. bereits vor Jahren einmal die Bemerkung gefallen ließ: „Wenn ich einmal sterben werde, dann lasse ich mir die Sache von diesen Leuten auch noch unterschreiben“.

Den Einzelheiten der außerordentlich umfangreichen Anklageschrift zu folgen, ist natürlich unmöglich. Begnügen wir uns mit der summarischen Feststellung, daß der treffliche Buchhaltungschef unter Beihilfe des ebenso tüchtigen Dirigenten durch buchhalterische Machinationen aller Art im Laufe der Jahre mehr als eine Million auf fingierte Konti „a. b. d. i. s. p. o. n. i. e. r. t.“, die Konti dann selbst abhob und in zahlreichen Sparbüchern anlegte, mit denen natürlich nur er disponierte. Da keine Kontrolle bestand, hatte er es kaum notwendig, besonders raffiniert vorzugehen. Die verschiedenen Einlagen, in denen M. i. l. o. l. á. s. e. l. die defraudierten Gelder sammelte, lauten teils auf anonyme Vornamen („Marie“, „Wenzel“ usw.) teils auf viel-sagende Decknamen, die heiter anmuten („Pension“, „Kremde“ usw.). Da das Betriebskapital der „Wies- und Fleischkassette“ in der Eröffnungsbilanz mit 2.250.000 Kč ausgewiesen ist, von welchen M. i. l. o. l. á. s. e. l. 871.000 Kč „abdisponieren“ konnte, kann

man sich ungefähr einen Begriff von den Zuständen machen, die in diesem Institut herrschten. Weitere 100.000 Kč liegen nach der Angeklagte beide Angeklagte aus den Geldbeständen der Kasse verschwunden. Schließlich verschwand eines Tages M. i. l. o. l. á. s. e. l. aus den Diensten des Unternehmens, nachdem er einen letzten satigen Hunderttausender-Griff in die Kasse getan hatte.

Beide Angeklagten erklärten sich für n. i. c. h. i. s. c. h. u. l. d. i. g. M. i. l. o. l. á. s. e. l. erklärte, er habe im Auftrag des verstorbenen Vorsitzenden Titka jene „Abdisponierungen“ vorgenommen, weil geplant gewesen sei, „i. s. c. h. w. a. r. a. e. n. o. n. s.“ für allerlei Zwecke zu gründen. Die übrigen Abdisponierungen stellte er als regelrechte Remuneration, bzw. „Sonderbonorate“ für seine organisatorische Tätigkeit hin. Der mitangeklagte Dirigent S. v. a. t. o. s. bestritt überhaupt jedes Wissen um irgendeine sträfliche Handlung.

Die Verhandlung wurde spät nachmittags auf heute v. e. r. t. a. t.

Kunst und Wissen

Belasquez nach Moskau? Englische Blätter bringen die Meldung, daß die Sammlung der Belasquez-Gemälde des Prado-Museums in Madrid vor kurzem nach der Sowjetunion überführt worden sei. Die Ueberführung, schreiben die Blätter, geschah auf Verlangen von Picasso, der vor etwa zwei Monaten zum Direktor des Prado-Museums ernannt worden war.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag halb 8: K. a. l. o. b. s. f. a. r. t. D. — Samstag, halb 8: S. t. i. m. e. n. i. u. m. u. n. s. — Abonnement aufgehoben. — Kraußführung. — Sonntag 2: S. c. h. n. e. i. d. e. r. i. m. S. c. h. l. o. f. 7: F. a. u. t. 1. u. n. d. 2. T. e. i. l. A. 2. — **Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute, Freitag 8 Uhr: D. e. r. I. l. l. u. s. i. o. n. i. s. t. T. h. e. a. t. e. r. g. e. m. e. i. n. d. e. S. t. a. t. u. s. u. n. d. f. r. e. i. e. r. V. e. r. l. a. u. f. — Samstag 8: U. n. e. n. t. s. c. h. u. l. d. i. g. t. e. S. t. u. n. d. v. o. l. k. s. t. u. m. l. i. c. h. e. V. o. r. s. t. e. l. l. u. n. g. — Sonntag 8 Uhr: G. e. f. a. l. l. e. n. e. E. n. g. e. l., halb 8 Uhr: D. e. r. I. l. l. u. s. i. o. n. i. s. t.

Aus der Partei

Unsere Bildungsarbeit

Heute, Freitag, 27. Nov. um 20 Uhr im Parteibüro

„Die französische Volksfront u. der Sozialismus“

Referent: Genosse T. e. j. e. s. h. W. r. a. i. s. l. a. v. a.

Wir laden alle Parteimitglieder und Jugendgenossen zur Teilnahme an diesem aktuellen Vortrag ein.

Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Mitteilungen aus dem Publikum

Die Grippe liegt in der Luft. Bei nebligem, veränderlichem Herbst- und Winterwetter gedeihen verschiedene krankheitsregende Bakterien. Die heimtückischsten sind die Grippe-Erreger. Sie werden von ihnen überfallen, wenn Sie es am wichtigsten erwarten. Durch den Mund und die Atmungswege gelangen sie in den Körper. Zum Verhüten der Ansteckung desinfizieren Sie Mund und Nasen durch Alpa-Franzbranntwein, den Sie beim Zähneputzen und Gurgeln in geringer Menge dem Wasser beimischen. Fragen Sie Ihren Arzt!

Zu Anlaß des 30jährigen Bestandes der Partei

veranstaltet die Sozialistische Jugend Kreis Prag unter der Parole

„CSR richtig gesehen“

eine Ausstellung von Bildstatistiken, zu welcher alle Genossen herzlich eingeladen sind.

Eröffnungsabend mit Vortrag

Samstag, den 28. November, 18 Uhr im Kleinen Urania-Saal, Klimentinská ul. Besichtigung ferner am 29. und 30. November von 18 bis 20 Uhr Urania. Eintritt frei.

Vereinsnachrichten

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Samstag, den 28. d. M., wird Genosse Heinrich Klein-Wilin zum Doktor der Rechte promoviert. Alle Genossen und Genossinnen finden sich um 1/2 12 Uhr im Karolinum ein.

Sozialistische Jugend undrote Falken, Aktion! Alle Sammler, die sich in den Dienst der Winterhilfeaktion der Arbeiterfürsorge stellen, wollen sich Samstag, um 8 Uhr nachmittags im Parteibüro das Adressenmaterial abholen.

Die Musikerveranstaltung wird ein reichhaltiges Volksfest werden, mit Vorträgen, Besprechung und Tanz bis 8 Uhr früh. Dabei kein Gasthausbetrieb, sondern eigenes sehr reichhaltiges Buffet zu den billigsten Preisen. Also am Samstag, den 5. Dezember, um 8 Uhr abende alle Genossen und Genossinnen, die ein paar nette Stunden verbringen wollen, in die Urania, Klimentinská

Ein gelungener Abend unserer Angestellten-Jugend fand Mittwoch im Vereinsheim statt. Hauptvortragende Kollege M. i. l. e. r. aus Reichenberg führt: auf dem Adal-Apparat, Modell 80, eine Serie von schönen Filmen vor. Die Filme sind von ihm selbst aufgenommen worden. Es wurde gezeigt: Der Film von IV. Treffen 1936 der Naturfreunde-Wintersportler auf der Königsbühne, eine kleine Reportage aus dem Leben der Lehrlinge, Praktikanten und jungen Angestellten. Bilder aus den verschiedenen Treffen der Angestellten-Jugend. Diese Aufnahmen zeigen das ständige Wachsen der Bewegung und auch den fröhlichen Ernst, mit welchem sich die jungen Menschen den gestellten Aufgaben widmen.

Von den Urlaubsaaktionen in den Gebirgsdörfern und am Hirschberger See wurden auch einige Bilder gezeigt. Den Abschluß bildete der Film über die Reise der Arbeiter-Jugend nach Österreich. Aus all dem Gezeigten ging hervor, daß der Angestelltenverband bemüht ist, die jungen Menschen für die ersten Probleme der Erwerbstätigenbewegung zu gewinnen und sie zu schulen. Der Abend war von etwa 60 jungen Mädchen und Mädchen besucht. Außerdem fanden sich auch einige ältere Kollegen, insbesondere der Vorstand der Ortsgruppe, ein.

Urania-Kino, Klimentinská 4.

Fernsprecher 61223.
Du bist mein Glück
mit Glast und Josef Steber.

An unsere Abonnenten und Genossen!

Wir werden wie im Vorjahre die

Neujahrs-Enthebungen

in unserem Blatt veröffentlichten, wodurch den Genossen die mit den Neujahrsgratulationen verbundenen erheblichen Unkosten erspart bleiben.

Die Enthebung kostet Kč 10.— und wird nach Orten geordnet, lediglich Namen und Beruf enthalten.

Wir ersuchen alle Abonnenten die tieferstehende Enthebungsbestellung freundlichst auszufüllen und umgehend an uns einzusenden. Die Bestellungen müssen bis spätestens 18. Dezember bei uns einlangen.

Die Verwaltung.

Leserlich auszufüllen!

Neujahrs-Enthebung für „Sozialdemokrat“

Ich bestelle hiemit unter dem Namen: _____

Beruf: _____ Ort: _____

eine Neujahrsenthebung zum Betrage von Kč 10.— und sende ihnen diesen Betrag per Erlagschein ein.

Unterschrift: _____